

Hof-Koll. Bureau

Näheres durch Nummernblätter

Deutsche

# Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakesindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stk Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Infertionspreis pro dreizehnpaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

## „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen“.

Von Zeit zu Zeit erscheinen in der kapitalistischen Presse Abhandlungen, die das hohe Lied der Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter in den lieblichsten Rattenfängertönen erschallen lassen. Man lobt die Wohlthätigkeit diverser Unternehmer, denen das leibliche Wohl „ihrer“ Arbeiter so recht uneigenmütig ans Herz gewachsen ist, über den grünen Klee. Und in wunderbar schönen Koloraturen zeigt man idyllische Arbeiterwohnungen, die Unternehmerwohlthat geschaffen, in märchenhaft landschaftlicher Umrahmung. Die Schmöck der Unternehmerpresse schwingen sich sogar dazu auf, gleich enthusiastisch verzückten Pensionsträuleins etwas von einem „Paradies der Arbeiter“ zu stammeln.

Der Zweck dieser ganzen Stillübungen ist allerdings nur, die Arbeiterschaft für die „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Unternehmer zu ködern und die eindringlichen Warnungen der Arbeiterpresse vor diesen Einrichtungen zu entkräften. Nebenher gilt es auch, den „hohen Stand der Arbeiterfürsorge“ bei den solennen Lebewisiten fatter Bourgeoisdämchen als beliebtes Unterhaltungsthema zu forcieren und zu zeigen, in welcher väterlicher und umfassender Weise doch für das Wohlergehen der Arbeiter gesorgt wird.

Dieses Thema gewinnt in neuerer Zeit besonders an Bedeutung. Durch das moderne Streben von Hygienikern und Baugenossenschaften wird das Interesse für den Arbeiterwohnungsbau wieder mehr in den Vordergrund gerückt und gewinnt damit an Aktualität. Um so mehr aber ist notwendig, die obengenannte Art der „Arbeiterwohlfahrt“, durch das Unternehmertum betrieben, auf ihren wirklichen Untwert zurückzuführen.

Der Kapitalismus hat ein unbedingtes Interesse daran, sich in seinen industriellen Betrieben vor allem einen seßhaften und damit auch willfährigeren Arbeiterstamm zu schaffen. Viele Unternehmer halten das einfach für eine betriebstechnische Notwendigkeit. Sie suchen deshalb durch Pensionstassen und ein raffiniert ausgeklügeltes Prämien-system die Arbeiterschaft dauernd an ihre Betriebe zu fesseln. Da aber diese Mittel sich nicht gerade besonders zugräftig erweisen, sucht man die Arbeiter an die Scholle zu fesseln, indem man ihnen die vorhin erwähnten Arbeiterwohnhäuser baut und diese sogar öfters durch ein radikalistisch ausgefülltes System, das dem Geldbeutel der Unternehmer keine Nachteile, sondern noch obendrein Vorteile bringt, nach und nach scheinbar in den Besitz der Arbeiter übergehen läßt. Man gibt dem Arbeiter ein Häuschen als Mietwohnung und stellt ihm in Aussicht, daß ihm nach Ablauf einer gewissen Reihe von Jahren und nach Unterschreibung eines Hypothekenscheins das Häuschen als „Eigentum“ zufällt.

Solche Wohnungen haben, hygienisch betrachtet, gegenüber den Arbeiterwohnhöhlen der Großstadt unbestreitbar große Vorzüge. Um so verlockender ist es für den Arbeiter, ein solches Häuschen zu erwerben. Auf den großen Pferdefuß, der hinter dem steinernen Röder steht, wird oftmals wenig geachtet. Dieser Pferdefuß nimmt nämlich einfach dem Arbeiter sein Recht auf Freizügigkeit, fesselt ihn an die Scholle und eröffnet dem Unternehmer die gute Aussicht, sich einen Stamm wirtschaftlich ohnmächtiger und ganz von ihm abhängiger Arbeiter zu schaffen! Noch mehr, er entwindet dem Arbeiter seine einzige wirtschaftliche Waffe: das Koalitions- und Streikrecht!

Gewöhnlich macht das Unternehmertum in der genannten „Arbeiterwohlfahrt“, wenn der Betrieb aus kommerziellen Gründen in wenig bewohnte Gegenden verlegt ist, was ja heutzutage sehr häufig der Fall ist. Die Arbeiter rekrutieren sich dann aus den Bewohnern der umliegenden Städtchen und Dörfer und haben dann oft recht große Strecken auf dem Wege von und zur Arbeits-

stelle zurückzulegen. Mit dieser Unbequemlichkeit rechnet der Unternehmer, und er betreibt den Bau von Arbeiterwohnhäusern in der Nähe des Betriebes. Die als Mieter zuziehenden Arbeiter haben dann einen Kontrakt zu unterzeichnen, der sie zum guten Teil ohne weiteres wirtschaftlich ohnmächtig macht. Die Annehmlichkeiten der „Wohlfahrtseinrichtung“ müssen sie dann gegen große und einschneidende Verzicht auf ihre Arbeiterrechte eintauschen. Darum aber ist es dem Unternehmer zu tun. Vor allem scheut er ja auch das Streikrecht der Arbeiter, das geeignet ist, dem Arbeiter höhere Löhne zu verschaffen. Und da er Vermieter der Arbeiterwohnungen ist, so faßt er den Kontrakt so ab, daß der Arbeiter, falls er „freiwillig“ die Arbeit aufgibt, auch in möglichst kurzer Frist die ihm von Unternehmern Gnaden eingeräumte Wohnung räumen muß. Was das bedeutet, ist männiglich bekannt. Es bedeutet für viele Arbeiter die Aufgabe des Rechts, die Arbeit freiwillig zu verlassen. Unter diesen Begriff fällt aber auch das Streikrecht der Arbeiter. . . .

Wir deuteten vorhin an, daß manche Unternehmer auch den Arbeitern die Möglichkeit bieten, das Häuschen eigentümlich zu erwerben. Da aber nun die meisten Arbeiter das hierzu benötigte Kapital nicht besitzen, wird der Unternehmer der Gläubiger des auf diese Weise entstandenen „Hausbesitzers“. Dieser begibt sich also auch hier in ein Abhängigkeitsverhältnis, das ihm äußerst verhängnisvoll werden muß. Und könnte er wirklich einmal das Häuschen als sein tatsächliches Eigentum erwerben, was wäre ihm dann geholfen? Er ist an die Scholle und damit für immer an den Betrieb gebunden. Er darf auch dann auf keine Weise wider den unternehmerlichen Stachel lösen und muß sich widerspruchsvoll den Weisungen des Kapitalisten fügen. Denn beim Aufgeben seiner Arbeitsstelle ist es ihm nicht so leicht möglich, sich in der Umgegend neue Arbeit zu beschaffen; er hat sein Häuschen auf dem Hals und müßte dann bei gezwungenem Domizilwechsel froh sein, wenn er das „Jdhl“ ohne großen Schaden wieder loswerden kann. . . .

Der Münchner Nationalökonom Professor Singheimer hat vollständig recht, wenn er dieses System der Arbeiterwohlfahrt von Unternehmern Gnaden als einen „neuen Feudalismus“ kennzeichnet, der auf dem Gebiete der modernen Industrie, des Bergbaues, des Handels und des Transportwesens auftritt. In diesen „Wohlfahrtseinrichtungen“ feiert der Feudalismus des Mittelalters tatsächlich seine Auferstehung. Er bindet den Arbeiter an die Scholle, unterbindet und vernichtet sein Freizügigkeits-, Koalitions- und Streikrecht, macht ihn damit wirtschaftlich machtlos und verurteilt ihn dazu, seine Arbeitskraft dem Unternehmer zum billigsten Preise zu überlassen. Er verurteilt ihn schließlich auch zum politischen Heloten; denn der Unternehmer wird von solchen machtlosen Arbeitern verlangen, daß sie auch politisch seiner Meinung sein und in Staats- und Gemeindefachen nach seiner Pfeife tanzen müssen. Das ist die in moderne Formen gepreßte Leibeigenschaft des Mittelalters!

Aus diesen Gründen müssen aufrechte und aufgeklärte Arbeiter die „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Unternehmer ablehnen und weniger aufgeklärte Arbeiter ganz eindringlich vor solchem Verkauf ihrer Menschenrechte warnen. Die moderne Arbeiterbewegung verfolgt das Ziel, „auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen. . .“.

Das kann aber nun und nimmer erreicht werden, wenn die Arbeiterschaft sich betören läßt und die „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Unternehmer in Anspruch nimmt. Sie glücke dann jenem Bären, der sich durch Menschenlist Honig ums Maul schmieren und dann für diesen vorübergehenden Genuß für ewige Zeiten einkerkeren läßt.

## Versammlungstaktik.

Auf die Notwendigkeit und den Nutzen unserer Versammlungen haben wir schon recht oft hingewiesen. Die Versammlungen sind nötig, um sich über die allgemeine Lage im Beruf zu unterhalten und die Mißstände zu besprechen, die sich im örtlichen Arbeitsverhältnis bemerkbar machen, und deren Abstellung zu beraten. Die notwendigen Schritte bei einer Lohnbewegung müssen gleichfalls in den Versammlungen eingehend erörtert werden, außerdem alle örtlichen Maßnahmen zum Zwecke der weiteren Ausbreitung der Organisation. Weiter sollen die Versammlungen den Teilnehmern allgemeine Auffklärung bringen, ihr Wissen bereichern und ihre Denkfähigkeit anspornen. Dies geschieht durch Abhaltung von Vorträgen vornehmlich über wirtschaftliche Probleme.

Gerade das letztere ist ein überaus wichtiger Faktor zur geistigen Fortbildung der Arbeiter. Jeder gute Vortrag bildet weiter und gibt den Zuhörern geistige Anregung. Sie lernen immer mehr die wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen und werden auf diese Weise von der eisernen Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung fester und fester überzeugt. Den in den Versammlungen gehaltenen Vorträgen verdanken wir zum großen Teile unsere gewerkschaftlichen Erfolge. Dasselbe trifft auch auf politischem Gebiete zu.

Wenn wir nun an dieser Stelle auf die Nützlichkeit und Wichtigkeit guter Vorträge hinweisen, so geschieht dies vor allem deshalb, um auch darzutun, welche Fehler oftmals in Versammlungen unterlaufen, die geeignet sind, die nachhaltige Wirkung eines guten, anregenden Vortrags abzuschwächen, ja, manchmal sogar veranlassen, daß ein solcher Vortrag einfach wirkungslos verpufft. Wir beobachten oft, daß einem guten Referate eine Diskussion folgt, die in ihrem Wertinhalt zum Vortrag in gar keinem Verhältnis steht. Der Vortragende hat ein wichtiges Problem ausgiebig behandelt und eine gute Wirkung auf die Zuhörer ausgeübt, und nun folgt eine an der Oberfläche plätschernde Diskussion, die rund und nett geeignet ist, die Wirkung des Vortrages erheblich abzuschwächen und oftmals sogar die Zuhörer zu langweilen.

Es gibt eben Gewerkschaftsgenossen, die der Meinung sind, zu allem etwas sagen zu müssen. Eine Versammlung hat für sie wenig Wert, wenn sie in ihr nicht auch das Wort ergreifen können. Das könnte noch hingehen, wenn sie wirklich Inhaltreiches und Wichtiges sagten, in diesem Falle wäre es sogar notwendig, daß sie ihr besseres Wissen auf die Zuhörer übertragen. Aber vielfach ist das gar nicht der Fall. Es handelt sich leider mitunter nur um einige gespreizte Schwägereien, die gar nicht einmal den Vorzug der Neuheit haben. Die Folge ist, daß sich die Zuhörer zu langweilen beginnen, weil ihnen der Redner keine Anregung bietet; das Interesse schwindet, und das schlimmste: der gute Eindruck des vom Referenten gehaltenen Vortrages verblaßt und bleibt vielen nur noch mangelhaft in der Erinnerung haften.

Es kann deshalb gar nicht ernst genug ermahnt werden, daß nur der in einer Diskussion etwas sagen soll, der auch wirklich etwas weiß. Wo das nicht der Fall ist, da schweige man lieber. Das ist für das gehörte Referat vorteilhafter und damit auch für die Zuhörer ersprießlicher. Auf alle Fälle ist es besser, einem guten Vortrage gar keine Diskussion folgen zu lassen als eine leichte, oberflächliche Schwägerei, die nur schadet und absolut keinen Nutzen stiftet.

Aber noch auf etwas anderes sei an dieser Stelle hingewiesen. In unserm Gewerkschaftsleben kommt es natürlicherweise vielfach vor, daß wir uns unsere Vorträge von unsern eigenen Verbandsfunktionären halten lassen. Damit tritt der Fall ein, daß der Referent ein Kollege ist, der einer Anzahl von Versammlungsmitgliedern von vornherein persönlich bekannt ist, oft in gutem, manchmal aber auch in wenig sympathischem Sinne. In letzterem Falle allerdings zumeist ungerechtfertigter Weise; denn der Funktionär, der in der Gewerkschaft auf exponiertem Posten steht, wird trotz strenger Sachlichkeit und anerkannter Tüchtigkeit nie in der Lage sein, es allen Mitgliedern recht zu machen. Dafür sorgt schon der querulante Geist, der einzelnen Kollegen als angeborenes Leiden innewohnt, den zu hängen auch der Kollege nicht die geistige Stärke besitzt, und der immer wieder bei dieser oder jener Maßnahme des Verbandes zum Durchbruch kommt, zum Schaden der Mitglieder.

Solche querulierenden Geister, die oftmals den Schrecken der Versammlungen bilden und mit ihrer umfassenden „Kritik“ nie hinter dem Berge halten, auch dort,

wo es nach Ansicht aller Vernünftigen nichts zu kritisieren gibt, erwarten oftmals mit geradezu rührender Sehnsucht die Ankunft des Referenten. Sie haben ja schon solange etwas in petto für ihn und seine „ungerechte“ Handlungsweise bereits nach jeder Richtung hin im Ortsverein erörtert. Nun kommt der Referent, hält ein ebenso gutes wie zündendes Referat, das allerdings nicht auf den querulierenden Geist, aber sonst auf alle Zuhörer einen guten Eindruck macht.

Den guten Freund hat nämlich das Referat gar nicht interessiert. Vielmehr hat er während des Vortrages nur aufmerksam darüber nachgedacht, in welcher imponierenden Form er wohl am besten sein Monita gegen den Redner vorbringen könne. Jetzt ist der Vortrag zu Ende und die Diskussion wird eröffnet. Wie elektrisiert springt unser Freund auf, meldet sich zum Wort und verbrämt seine Ausführungen in mehr oder weniger geschickter Form mit dem besagten Monita, das schließlich den „Kern“ seiner Ausführungen bildet. In der Versammlung entsteht Unruhe, und es bedarf nunmehr der ganzen Umficht und Tatkraft des Vorsitzenden und des Referenten, um die Diskussion wieder in das Fahrwasser strenger Sachlichkeit zu leiten. Oftmals ist das gar nicht mehr in befriedigender Weise möglich; denn der Betreffende hat zumeist auch einige „Parteigänger“, die bemüht sind, den von ihm gesponnenen Faden weiter zu entwickeln. Dann ergibt sich ein Hin und Her im Meinungsaustausch; der Referent hat zwar die Genugtuung, seinem Freunde ordentlich heimzuleuchten, jedoch der gute Eindruck seines Referats ist verwischt, zum Teil aus dem Gedächtnis der Zuhörer verschwunden und viele gehen unbefriedigt nach Hause.

So kommt es, daß manche unserer Agitationsversammlungen in ihrem Wert eine bedeutende Einbuße erleiden. Abhilfe ist nötig und auch möglich. Wo nicht die Kräfte vorhanden sind, die das Zeug dazu haben, eine gute und anregende Diskussion zu entfachen, da vermeide man die Debatte und beschränke sich auf Fragen, die der Referent dann in zufriedenstellender Weise beantworten wird. Und wenn in Agitationsversammlungen die geborenen Märgler ihr Sprüchlein unbedingt in die Waagschale werfen wollen, da mag der Versammlungsleiter, der ja seine Pappenhäuser zur Genüge kennt, bei der geringsten Abweichung vom sachlichen Faden eingreifen und den querulierenden Geist energisch und bestimmt zur Sache rufen.

Auf diese Weise wird es stets möglich sein, unsere Versammlungen in würdiger und nutzbringender Weise zum Abschluß zu bringen. Sie sollen den eingangs dieses Artikels erwähnten guten Zwecken dienen und nicht der Befriedigung persönlicher Eitelkeit oder um geborenen Märglern Gelegenheit zu geben, sich auszutoben. Darum hinweg mit solchen unschönen und schädigenden Dingen! Wir haben höhere Ziele vor uns und dabei bedarf es der sachlichen und freundigen Mitarbeit aller! Und wenn mancher unserer Kollegen aus dem hier Niedergeführten eine gute Lehre zieht und nunmehr sein künftiges Verhalten gründlich revidiert, so sollte uns das freuen. Nicht um unserer selbst willen. Aber es handelt sich hier um das Wohl und Weitergedeihen unserer Organisation! Und dafür tritt neben uns jeder aufrichtige Kollege mit Freuden ein. In diesem Sinne sind aber auch die vorstehenden Zeilen geschrieben worden.

### Einige Lehren aus dem Dresdner Kampfe in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Wenn wir das, was der Dresdner Kampf brachte, richtig bewerten sollen und nach einer Erklärung verlangen, weshalb trotz des großen Wuchtaufgebotes die Erfolge in den einzelnen Betrieben so äußerst verschiedenartig waren, so müssen wir uns mit den dort vorgelegten Verhältnissen noch etwas näher beschäftigen. Und zwar mit den Verhältnissen der Unternehmer und deren Organisationen als auch mit denjenigen in unsern eigenen Reihen.

Fragen wir zuerst: Warum wiesen die Unternehmer anfänglich all und jede Verteidigung mit unserer Organisation weit von sich? Der Verband der Schokoladenfabrikanten würdigte bekanntlich unsern Wunsch nach einer Verhandlung über den eingereichten Tarifentwurf seiner Antwort und lehnte es auch ab, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu erscheinen. Taten dies die Herren im Vertrauen auf die Stärke ihrer eigenen Organisation? Fühlten sie sich einem drohenden Angriff gegenüber wohl gerüstet?

Wer ihre Organisation näher kennt, weiß, daß dies nicht der Fall sein kann. Der „Verband deutscher Schokoladen-Fabrikanten“ sowohl als die „Vereinigung der Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten“ haben beide Mitglieder in Dresden; aber diese Verbände waren bisher nicht direkt als Kampfsorganisationen ausgebaut, wenn sie auch selbstverständlich — die „Vereinigung“ fast noch mehr als der „Verband“ — bestimmte Maßnahmen gegen „auffässige Arbeiter“ durchgeführt hatten. Wir erinnern hierzu bloß an die Einrichtung von Arbeitsnachweisen in den Industriezentren und an das berühmte schwarze Listenystem. Aber sonst hielt man es für genügend, wenn die Mitglieder örtlich den allgemeinen Arbeitgeberschutzverbänden angehörten, und so waren auch die Dresdner Fabrikanten korporativ dem sächsischen Industrieschutzverband, der sogenannten Streikentschädigungsgesellschaft, angeschlossen. Erst während der jetzigen Bewegung haben sie unter sich noch einen besonderen Arbeitgeberverband zustande gebracht. Und diese Streikentschädigungsgesellschaft, das wußten die Schokoladenbarone natürlich auch ganz genau, kann gar nicht in dem Maße entschädigen, daß die Herren gleichgültig ein wirklich verdorbenes Weihnachtsgeschäft hinnehmen könnten. Im Gelbe schwimmt jene Gesellschaft nämlich keineswegs, weil im industriellen Sachsen an sich kein Mangel an Arbeitsstellen ist. Und man kann es demnach verstehen, wenn die beiden Leiter des Industrieschutzverbandes, die Herren Arnold und Grünher, gegen jeden neuen in Erscheinung tretenden Streik eine recht große Abersion haben. Erklärte doch einer der Fabrikanten, mit denen wir uns ohne Kampf einigten und mit dem wir auf den Schutzverband zu sprechen kamen: „Dort wird man sich wieder schön

hinter den Ohren kratzen, wenn es wirklich zum Streik kommen sollte. Auf den Schutz werde ich mich lieber nicht verlassen.“

Es konnte also nicht Vertrauen auf die Kraft der eigenen Organisation sein, was die Unternehmer vor Ausbruch des Streiks jeder Verhandlung einen so großen Widerstand entgegenzusetzen ließ — sie glaubten vielmehr, der Bewegung wie gewöhnlich mit leichter Hand Herr werden zu können, weil sie einen ersten Kampf auf so breiter Basis gar nicht erwarteten! Sie hielten uns organisatorisch für ebenso schwach, wie sie selber es waren, und meinten, die Organisation werde die letzten Konsequenzen nicht ziehen können. Und dieser Zweifel an unserm ersten Willen verließ die Scharfmacher erst an dem denkwürdigen Montag, wo der Streik proklamiert worden war. Jetzt hatten sie allerdings den ganzen Ernst der Lage vor Augen. Aber noch immer wollte es ihnen nicht in den Sinn, daß wir es auf einen längeren Streik ankommen lassen könnten und daß die Streitenden, vor allem die Arbeiterinnen, mehr als einige Tage zusammenhalten würden. Was sie dachten, geht am besten aus einer Äußerung ihres Syndikus Greiert hervor: „Die Gewerkschaftsführer haben gar keinen Streik gewollt — die Bewegung ist ihnen aber über den Kopf gewachsen.“ Und als die Streikleitung mit einzelnen Unternehmern Verhandlungen anbahnte, begegneten sie dieser Auffassung des Herrn Greiert immer wieder, und das Bestreben, die Differenzen wieder beilegen zu helfen, wurde als Eingeständnis der Schwäche der Organisation ausgelegt! Solche Firmen, die im Streikbrecherfang inzwischen mehr oder weniger Erfolg gehabt hatten, wie Hartwig & Vogel sowie Lobek & Co., wurden jetzt sogar um so hartnäckiger und brutaler in der Verteidigung ihrer Position. Erst als am Ende der zweiten Woche ihre Hoffnung auf eine baldige Niederlage der Arbeiterschaft immer mehr zusammenschmolz, kamen sie zur Einsicht und stellten sich zu Verhandlungen.

Die Unkenntnis unserer Stärke war es also, die die Mehrzahl der Unternehmer zu ihrem törichtesten Ablehnen jeder Verhandlung verführte; wir sind überzeugt, daß mindestens noch zwei der größten Firmen, die sich durch den Streik dann eine ganz immense Schädigung zuzogen, es nicht zum Ausstand hätten kommen lassen, wenn sie einen Begriff vom dem inneren Zusammenhalt unserer Kollegenchaft gehabt hätten. Nachdem sie aber einmal in den Kampf verwickelt waren, wurden sie von den Scharfmachern im Zaume gehalten. Wäre es mit den Betrieben, die wir hier im Auge haben, von vornherein zu einer friedlichen Einigung gekommen, so ist mit Gewißheit anzunehmen, daß mit Ausnahme von Hartwig & Vogel in den ersten acht Tagen die Bewegung ziemlich zu Ende geführt war.

Wie die Unternehmer zu ihrem Irrtum über unsere Stärke kamen, ist allerdings leicht zu erklären. Sie sahen nur die Bewegung in den jetzt erst vergangenen Monaten, beobachteten wohl mit Sorge den Zulauf zum Verbands, beurteilten ihn aber als das Werk einiger „Geber“; sie hielten es nicht für glaubhaft, daß dieser Zulauf in einer ganzen Reihe von Betrieben nur die letzten Referaten heranzöge.

Doch waren wir eben leider nicht auf der ganzen Linie so lüdenlos gerüstet, wie es zu einem durchschlagenden Erfolge in allen Fabriken, denen die Forderungen eingereicht wurden, notwendig gewesen wäre. Wir können es heute ruhig aussprechen, daß in einigen davon wirklich erst durch den letzten Zutrom ein aktives Vorgehen ermöglicht wurde. Es wird zukünftigen Kämpfen nur zum Vorteil dienen, wenn wir uns über die Folgen dieses Umstandes recht klar werden. Werfen wir nämlich unsern Blick von den Einzelbetrieben auf das Gesamtbild, so zeigt es sich, daß bald ein Drittel derjenigen, die am 16. Oktober in den Streik traten, tatsächlich erst seit kurzer Zeit organisiert war; da sich dieses Drittel, wie ausgeführt, durchaus nicht gleichmäßig auf die Betriebe verteilte, so hat es die ganze Bewegung in hohem Maße geschädigt und auch selbstverständlich die Entschlüsse der Organisationsleitung stark beeinflusst. Beeinflussen müssen! Kein Arbeiter, der in gewerkschaftlichen Kämpfen schon etwas Erfahrung sammelte, wird einer Streikleitung zumuten, daß sie auf erst gewonnene Mitglieder häufert baut, zumal, wenn, wie in unserm Falle, es sich oben-dreien meist um jüngere Mädchen handelt!

Und so wader sich auch im großen und ganzen bei dieser ersten Feuerprobe die Kollegenchaft beiderlei Geschlechts gehalten hat, so trat doch eines bald klar zutage: Wenn der Kampf sich noch verschiedene Wochen hingezogen hätte, so wäre er für einen oder zwei der größeren Betriebe vollständig verloren gegangen. Die Streikleitung hatte also, nachdem sie die Situation übersehen konnte, zu wählen, ob sie in denjenigen Fabriken, die ihr völlig sicher waren, den Kampf bis zur vollen Anerkennung der Forderungen, Einstellung sämtlicher Ausständigen usw. führen lassen, dafür aber eine glatte Niederlage an anderer Stelle in den Kauf nehmen wollte, oder ob sie auf einen Vergleich eingehen sollte, der auch der Kollegenchaft in den schwächeren Betrieben einige Erfolge sicherte. Sie hat sich zu letzterem entschlossen und den Streitenden empfohlen, damit zufrieden zu sein, daß neben den großen Erfolgen, die ohne Kampf erreicht werden konnten, der Unternehmerverband in Dresden unsere Organisation offiziell anerkennen mußte und die Bewegung zunächst nicht nur mit den allerschlechtesten Lohnverhältnissen auf-räumte, sondern auch die neunehalbthündige Arbeitszeit fast durchgängig zur Einführung brachte.

Der Kampf hat also gebracht, was er bringen konnte. Wir müssen aus seinem Ausgang wiederum die alte Lehre ziehen, daß die Gewerkschaft immer mehr und mehr jede Gefühlspolitit aus den Köpfen der Mitglieder treiben muß. Unsere Kollegenchaft ist noch immer sehr schnell mit der Meinung bei der Hand: „Ach, wenn heute auch noch nicht die Mehrzahl der Berufsangehörigen im Bezirke organisiert ist — eine Lohnbewegung müssen wir hier endlich machen! Wenn es losgeht, machen die andern schon mit, und die Unternehmer müssen in einigen Tagen doch bewilligen.“ Bei den traurigen Verhältnissen in den Betrieben ist dieses Drängen einer organisierten Minderheit ja nur zu erklärlich. Die Unternehmer bewilligen aber eben in einigen Tagen nicht, sondern lassen es sich erst Tausende und Abertausende kosten, lassen unter Umständen sogar das Geschäft auf Jahre hinaus schädigen, immer nur in der Hoffnung, daß die Neulinge in der Or-

ganisation halb mürbe werden. Am Ende des Kampfes sind dann die gebrachten Opfer unerbildlich groß (man bedenke, daß die Neueingetretenen oft nur ein oder zwei Wochenbeiträge an den Verband leisteten, aber, obgleich ihnen statutarisch keine Unterstützung zusteht, meist eine Zeitlang unterstützt werden), das heißt, die Erfolge sind zu teuer bezahlt.

Will man also in einem Bezirke aufgestellte Forderungen voll und ganz durchsetzen, so muß die Organisation auch in allen Betrieben noch etwas gründlicher ausgebaut sein, als es in Dresden der Fall war, sonst ziehe man lieber vor, eine Bewegung auf einen kleineren Kreis zu beschränken, dort aber um so gründlichere Arbeit zu leisten. Nichts wirkt agitatorisch in einem bestimmten Orte besser, als wenn man in einem oder einigen Betrieben die Forderungen der Arbeiterschaft durchsetzt — der Appetit der andern Kollegenchaft macht sich dann meist bald geltend. Und nichts wirkt auch auf die Unternehmer erzieherischer — wer als einzelner bewilligen mußte, empfindet sicher, daß allgemeine Tarifverträge mit der Arbeiterorganisation zur Durchführung kommen! Zu letzterem Ziele werden wir aber erst gelangen, wenn noch mehr solcher Späne wie in Dresden gefallen sind.

In einem folgenden Artikel wird noch einiges im Hinblick auf die andere uns zur Verfügung stehende Waffe, den Boykott, sowie auch über Höhe und Form der aufzustellenden Forderungen gesagt werden müssen.

### Zur Arbeitslage.

Die Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten lassen nichts zu wünschen übrig; aus allen Industrien wird ein lebhafter Geschäftsgang gemeldet oder eine Besserung in Aussicht gestellt. Geht man den Dingen auf den Grund, zeigt sich meist, daß die Lage nicht so rosig ist, wenigstens für die Arbeiter nicht, und manches zu wünschen übrig läßt. Die offizielle Berichterstattung des „Reichsarbeitsblatts“ basiert bekanntlich zum Teil auf den Mitteilungen der Unternehmer, die selbstredend die Lage des Arbeitsmarktes mit Unternehmeraugen betrachten und dementsprechend berichten. Dadurch kommt es, daß mehrfach den Angaben der Unternehmer in bezug auf die augenblickliche Lage widersprochen werden muß. Wir haben die jeweils im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Berichte der Unternehmer längst mit Mißtrauen betrachtet und sie selten zur Grundlage von Betrachtungen über den Arbeitsmarkt verwendet. Neuerdings scheint nun auch das Kaiserliche Statistische Amt einen Hafen daran gefunden zu haben, denn seit einigen Monaten ist vor den Berichten zu lesen, daß eine Verantwortung für den Inhalt nicht übernommen werden kann. Das heißt mit andern Worten, das Kaiserliche Statistische Amt deutet die Berichte nicht. Damit verlieren sie jedoch sehr viel an ihrem Wert.

Neben den Berichten der Industrie informieren über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes die Ziffern der Arbeitsnachweise und Krankenlisten sowie der Arbeiterverbände über die Arbeitslosigkeit. Letztere geben wir an anderer Stelle wieder. Nach den Berichten der Krankenkassen an das Kaiserliche Statistische Amt ergab sich am 1. Oktober gegenüber dem 1. September eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder von zusammen 71 018 (37 783 männlichen und 33 230 weiblichen). Gegenüber dem Vormonat ist der Beschäftigungsgrad gestiegen, wenn der Bestand vom 1. Januar gleich 100 gesetzt wird, von 108 auf 109 bei den männlichen und von 101 auf 103 bei den weiblichen Personen. Auch die Arbeitsnachweisziffern lassen für die männlichen Personen eine Besserung gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahr erkennen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im September d. J. auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 133 Arbeitsgesuche gegen 145 im gleichen Monat des Vorjahres und 142 im Vormonat. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 92, 87 und 90. Das Angebot von Bädern und Konditoren bei den berichtenden Arbeitsnachweisen belief sich im September auf 10 601; demgegenüber standen 7959 offene Stellen und 7499 besetzte Stellen. Auf je 100 offene Stellen entfielen 133 Arbeitsgesuche, gegen 130 im Monat August und 134 im Parallelmonat des Vorjahres. Die Lage hat sich danach für unsere Verufe gegenüber dem Vormonat verschlechtert. Wie sich die Stellenangebote und Stellenjuchende auf die einzelnen Landesgebiete Deutschlands verteilen, ist folgender Aufstellung zu entnehmen:

Staat, Provinz, Landesteil oder Stadt	Zahl der			Auf jebe offene Stelle entfallen	
	Arbeitsjuchenden	offene Stellen	besetzte Stellen	im Berichtsmonat	im Vormonat
Provinz Ost- und Westpreußen . . . . .	121	96	86	1,26	0,97
Groß-Berlin u. Provinz Brandenburg . . . . .	3878	3460	3408	1,12	1,19
Provinz Pommern . . . . .	181	117	117	1,54	1,09
„ Posen . . . . .	30	21	17	1,43	0,82
„ Schlesien . . . . .	342	244	239	1,40	1,25
„ Sachsen . . . . .	184	145	134	1,27	0,99
„ Schlesw.-Holst. . . . .	107	54	52	1,98	1,42
„ Hannover . . . . .	261	201	190	1,29	1,15
„ Westfalen . . . . .	400	175	125	2,28	2,13
„ Hessen-Nassau . . . . .	244	88	83	2,77	2,10
„ Rheinland . . . . .	235	148	106	1,58	1,78
Königreich Bayern . . . . .	542	285	257	1,90	1,39
„ Sachsen . . . . .	1029	845	826	1,21	1,18
„ Württemberg . . . . .	376	391	262	0,96	0,95
Großherzogtum Baden . . . . .	603	303	280	1,99	1,67
„ Hessen . . . . .	16	2	1	8,00	1,22
Thüringische Staaten . . . . .	16	8	5	2,00	0,88
Stadt Hamburg . . . . .	1730	1158	1152	1,49	1,52
Saß-Lothringen . . . . .	306	218	159	1,40	1,55

In 13 Landesgebieten zeigt sich bei Befragung der Verhältniszahlen gegenüber dem Vormonat eine Zunahme

der Arbeitsuchenden, während in sechs Landesgebieten eine Abnahme eingetreten ist. Ein Rückgang, also eine Besserung der Arbeitslage, trat ein in Berlin und Hamburg, in den Provinzen Hannover und Rheinland und in Elsaß-Lothringen. Bemerkenswert ist das starke Anwachsen der Arbeitsuchenden in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Sachsen und Hessen-Nassau sowie in Baden. In Bayern, Württemberg und Königreich Sachsen hat sich die Lage gegenüber dem Vormonat nicht merklich verschoben.

Armenunterstützung und öffentliche Rechte.

Im Jahre 1909 ist im Reichstage das Reichsgesetz, betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, zur Annahme gelangt. Der einzige Paragraphe dieses Gesetzes lautet:

„Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen: 1. Die Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf, 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, 5. Unterstützungen, die erstattet sind.“

Mit Rücksicht auf die im Januar bevorstehende Reichstagswahl dürfte es angebracht sein, auf dieses Gesetz etwas näher einzugehen. Ueber die Handhabung desselben bestehen immer noch große Unklarheiten. In eine plötzliche Notlage kann unter den heutigen Verhältnissen sehr leicht jemand geraten. Das erwähnte Gesetz greift auch in die sozialpolitische Gesetzgebung (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) mit ein. Scheidet z. B. ein Arbeiter infolge Arbeitslosigkeit aus der Krankenkasse aus, so behält er, wenn er vor dem Ausscheiden mindestens drei Wochen hintereinander Mitglied einer oder mehrerer Kassen war und dann innerhalb dreier Wochen nach dem Ausscheiden erkrankt, noch Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen. Wer sich im Falle der Arbeitslosigkeit nun nicht als freiwilliges Mitglied gemeldet hat — was innerhalb einer Woche nach dem Ausscheiden aus der Arbeit geschehen muß —, kann, wenn er nach Ablauf von drei Wochen, z. B. während der fünften oder sechsten Woche der Arbeitslosigkeit, erkrankt, sehr leicht in Not geraten und schließlich zur Inanspruchnahme der Armenunterstützung gezwungen sein. Nach dem § 28 des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz muß jeder hilfsbedürftige Deutsche von demjenigen Ortsarmenverband unterstützt werden, in dessen Bezirk er sich bei dem Eintritte der Hilfsbedürftigkeit befindet. Die einem solchen Hilfsbedürftigen oder seinen Angehörigen gewährte Krankenunterstützung, mag dieselbe nun in barem Geld, ärztlicher Behandlung, Unterbringung im Krankenhaus usw. bestehen, gilt dann nicht als Armenunterstützung. Das gleiche ist der Fall, wenn eine Krankenkasse sich zunächst weigert, die Kassenleistungen zu übernehmen, sei es, daß die Anmeldung seitens des Unternehmers versäumt oder der Unterstützungsfall sonst bestritten wird und das Mitglied dadurch gezwungen ist, öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Wie häufig sind die Streitfälle, wo die Krankenkassen den Unfallverletzten gegenüber mit Ablauf der dreizehnten Woche die Unterstützung einstellen. Eje die Berufsgenossenschaft dann die Rente oder Zuschüsse anweisen, darüber vergehen regelmäßig mehrere Wochen. Wird hier nun inzwischen Armenunterstützung beantragt, so können dieserhalb die politischen Rechte nicht mehr entzogen werden. Dies geschah früher recht häufig, denn sogar die einmalige Unterstützung eines Unfallverletzten galt als Armenunterstützung, selbst wenn diese Unterstützung bei Gewährung der Rente wieder erstattet worden war. Da dies heute nicht mehr zulässig ist, so braucht im Falle der Erkrankung resp. des Unfalles niemand sich zu scheuen, die Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen. Ausdrücklich soll im Anschlusse hieran aber bemerkt werden, daß das neue Gesetz nur für das Reich gilt. Ein Antrag, den Eingang des Gesetzes dahin zu fassen: „Soweit in Reichs- und Landesgesetzen sowie Gemeinden der Verlust der öffentlichen Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird usw.“, wurde abgelehnt. Nur durch eine angemessene Resolution wurde der Reichstanzler ersucht, dahin zu wirken, „daß ähnliche gesetzliche Bestimmungen auch in den einzelnen Bundesstaaten zur Einführung gelangen. Für das Reich kommen nun in Betracht: Die Wahlen zum Reichstage sowie zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, ebenso das Recht zur Bekleidung des Schöffens- und Geschworenenamtes. Bei den bereits genannten und im nachfolgenden noch aufzuführenden Unterstützungsfällen findet weder ein Ausschluß vom Wahlrechte zu den vorgenannten Körperschaften noch von der Uebernahme der erwähnten Ämter (Schöffens oder Geschworene) statt.

Als weitere Unterstützungen kommen noch in Betracht die einem Angehörigen wegen körperlicher und geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege. In wie vielen Arbeiterfamilien tritt der Fall ein, daß entweder die Ehefrau oder Kinder in Anstalten, eventuell dauernd, untergebracht werden. Die Unterbringung in Irren- oder sonstigen Pflegeanstalten, Krüppelheimen usw., fällt mit unter diese Bestimmungen. Selbst wenn in solchen Fällen die Gemeinden die Kosten der Anstaltspflege dauernd entweder teilweise oder gänzlich übernehmen müssen, ist dies für den Mann nicht mit dem Verlust der politischen Rechte verknüpft. Dasselbe ist der Fall, wenn Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf geleistet werden. Das Wort „Jugendfürsorge“ ist bei der Kommissionsberatung erst eingefügt worden. Hierunter fallen nun z. B. Aufwendungen für die Säuglingspflege sowie für Kinder, deren Vater in ungenügender Weise für dieselben sorgt. Aufwendungen können nach dieser Richtung unter andern gemacht werden für Lehr- und Lernmittel, Befreiung von Schulgeld usw. Auch die Speisung der Kinder unbemittel-

ter Eltern — namentlich im Winter — in den Schulen kommt als Armenunterstützung nicht in Betracht.

Der Begriff „sonstige Unterstützungen“, die nur in Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, kann verschiedentlich aufgefaßt werden. Da man das Wort „einmalige“ weggelassen, dürften mit „vereinzelter“ schon „mehrere“ Zuwendungen zu verstehen sein. Hier sind zunächst Geldunterstützungen zu erwähnen. Sowohl Personen, die auf Unfallrente wie auch auf Invaliden- oder Altersrente Anspruch haben, können in augenblickliche Notlage versetzt und vor Anweisung der Rente die Armenbehörden um vereinzelt respektive mehrere Zuwendungen ansetzen müssen. Dasselbe kann im Falle der Arbeitslosigkeit bei der Mietzahlung eintreten. Die Gewährung von Obdach, Feuerung, Kleidungsstücken fällt ebenfalls unter den Begriff „vereinzelter“ Leistungen. Dasselbe ist der Fall, wenn die Armenbehörden die Beerdigungskosten von Familienangehörigen oder die Entbindungskosten der Frau übernehmen muß.

Was nun die Unterstützungen, die erstattet sind, anbelangt, so gilt diese Bestimmung für alle Unterstützungsfälle, die als Armenunterstützung die Entziehung der öffentlichen Rechte zur Folge hatten. Wer die erhaltene Unterstützung zurückgezahlt hatte, konnte bis jetzt schon an den Wahlen zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht teilnehmen. Anders jedoch verhält es sich bei den Reichstagswahlen. Wer da im letzten Jahre Armenunterstützung empfangen, konnte nicht mit wählen. Dies war dann noch der Fall, wenn die Unterstützung inzwischen erstattet war. Es sind Fälle bekannt, wo eine einmalige Unterstützung eines Unfallverletzten, die Uebernahme von Krankenhauskosten (Erkrankung Angehöriger) den Verlust des Wahlrechts zur Folge hatten, selbst wenn diese Leistungen kurze Zeit darauf erstattet worden waren. Diese Leistungen gelten nun — immer soweit die Reichsgesetze in Betracht kommen — in Zukunft überhaupt nicht mehr als Armenunterstützung. Erfreulich ist nun, daß auch alle übrigen Unterstützungen, die nach dem neuen Gesetze noch als „Armenunterstützungen“ angesehen werden, sofern sie vor der Wahl erstattet sind, nicht mehr die Entziehung der öffentlichen Rechte zur Folge haben. Zu wünschen bleibt nur noch, daß die einzelnen Bundesstaaten demnächst ähnliche gesetzliche Bestimmungen einführen.

Im Anschlusse hieran mag kurz die Frage erörtert werden, in welcher Weise man den Unterstützungswohnsitz erwirbt? Derselbe wird erworben: 1. durch Aufenthalt, 2. durch Verehelichung, 3. durch Abstammung. Wer nach zurückgeletem 16. Lebensjahr ein Jahr lang ununterbrochen innerhalb eines Ortsarmenverbandes seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat, erwirbt dadurch in demselben den Unterstützungswohnsitz. (Bis zum 1. April 1909 war das 18. Lebensjahr und zweijähriger Aufenthalt erforderlich.) Nach dem Gesetze über die Freizügigkeit hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb des Reiches an jedem Orte sich aufzuhalten oder niederzulassen, wo er eine eigene Wohnung oder Unterkommen sich zu verschaffen imstande ist. Nur derjenige, der nicht mehr in der Lage ist, sich und seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notwendigen Lebensunterhalt zu verschaffen, kann von der Gemeinde, in welcher er anzieht, zurückgewiesen werden. Natürlich muß er in vorliegenden Fällen auch vermögenslos und ohne Verwandte sein, die für ihn aufkommen müssen. Will z. B. jemand seinen alten Vater oder Mutter zu sich nehmen, so achte man im Falle des Zuzuges von auswärts darauf, daß die alten Leute nicht etwa im ersten Jahre nach dem Zuzug öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Selbst wenn dieselbe im ersten Jahre angeboten werden sollte, so weise man sie zurück. Erst wenn man den Unterstützungswohnsitz erworben hat, ist man im Falle der Gewährung von Armenunterstützung vor der Ausweisung bewahrt. G.

Eine verunglückte christliche Aktion auf die Konditorgehilfen.

Der Matador von Düsseldorf, Zentralvorsitzender des christlichen Nahrungsmittelverbändchens, Herr Christian Schmitz, war wieder einmal auf Mitgliederfang ausgegangen und hat einen ganzen Tag gefischt, aber nichts gefangen.

Das Schicksal der in süddeutschen Gehilfenvereinen vereinigten Konditorgehilfen hatte es dem Mann angetan, ihnen wollte er die christliche Erlösung bringen. Das Glend dieser Kollegen lag ihm so sehr am Herzen, daß er die Einberufung einer Konferenz für den 29. Oktober d. J. nach Würzburg anordnete.

Die Konferenz tagte in einem Zimmerchen des katholischen Gesellenhauses, welches gerade groß genug war, um die neun offiziellen Vertreter (die Würzburger selbst fanden es nicht einmal der Mühe wert, einen Vertreter zu entsenden), den Generalissimus aus Düsseldorf, einen Bierbrauer aus Ingolstadt (als Protokollführer), den national-deutschen Hallenser Riffel und ein paar Gäste zu beherbergen. Die Herrschaften hatten wohl schon im voraus mit einem „demonstrativen“ Besuch gerechnet und sich danach eingerichtet.

Die phänomenale Wirkung blieb denn auch nicht aus und wurde besonders noch dadurch gesteigert, daß Schmitz den Anwesenden versicherte, nur die christliche Organisation sei in der Lage, auf die öffentliche Meinung der besseren Gesellschaft die Wirkung auszuüben, daß eine ihrerseits injenierete Lohnbewegung im vornherein garantiert sei.

Als Beispiel führte er den Bäderstreit in Mannheim an, der nur durch ihr Eingreifen auf diese Art so glänzend gewonnen wurde! Schmitz versicherte weiter feierlich, daß die christliche Moral auf den zehn Geboten Gottes aufgebaut ist und das werde auch von Unternehmerseite respektiert; auch deshalb haben sie günstigere Chancen als die sozialdemokratischen Verbände. (Zuruf: als Streikbrecher!)

Dem national-deutschen Riffel machte Schmitz die schönsten Komplimente und nicht ganz ohne Erfolg. Er meinte, im Prinzip seien sich Christliche und Hallenser einig, nur die Taktik trenne sie noch, aber auch das werde sich zweifel-

los noch ausgleichen, und die Hallenser würden wohl oder übel noch dazu kommen müssen, sich mit den Christlichen zu vereinen.

Herr Riffel war über diese Freundschaft hochentzückt und replizierte, daß er einer Verschmelzung mit den Christlichen gar nicht abhold sei. Trotz aller Mühe und Agitation geht ja seine nationale Organisation statt vorwärts den Krebsgang und Riffel erzählte auch zur allgemeinen Ergöckung, wie es kam, daß die national-deutschen Konditorgehilfen fahnenflüchtig wurden und ihn so schmachlich verließen. Die Leitung der Organisation habe den schüchternen Versuch gemacht, minimale Forderungen an die Herren Prinzipale in der Sonntagsruhefrage zu stellen, denn sie wollten doch auch zeigen, daß sie da wären; sie gaben sich auch die redlichste Mühe, etwas fertig zu bringen, besonders wurden sie auch von Herrn Schad-Hamburg (seligen Andenkens) hilfreich unterstützt. Die Herren Prinzipale ließen sich aber nicht erweichen und die Mitglieder traten in ziemlicher Zahl aus der Organisation aus. Nicht, weil nichts erreicht wurde, sondern weil der Verband es wagte, Forderungen zu stellen.

Ein solches Geständnis genügt wohl, um den deutschen Konditorgehilfen den Wert des Hallischen Verbandes ins rechte Licht zu rücken. Solche Organisationen haben zweifellos ihren Zweck verfehlt. Ihre ganze Agitation ist auch nichts anderes als Vorkriegseloge falscher Tatsachen.

Riffel sprach ferner davon, daß sie den Streik nicht bevorzugen, es wäre ihrerseits ja eine Dummheit, wenn sie es täten, weil ihnen das Streikrecht durch die Gewerbeordnung garantiert ist. Aber sie wendeten dieses Recht aus eigener Kraft noch nicht an. Warum, das hat der gute Mann zu sagen vergessen.

In der weiteren Diskussion waren es vorwiegend die Vertreter aus München, die aus ihren Herzen keine Mördergrube machten und vor einem Anschlusse an eine der beiden Richtungen warnten. Ähnlich wie die Gelben, führten sie aus, treiben die christlichen Gewerkschaften Arbeiterzerpflitterung und die zahllosen Streikbrüche bei Lohnbewegungen kennzeichnen den moralischen Tiefstand dieser Organisationen. Nach christlichem Grundsatz muß ja Knecht auch Knecht bleiben, bis es dem Herrn gefällt, aus ihm etwas anderes zu machen.

Ein Anschlusse an die Christlichen würde die Konditorenvereine nur vom Regen in die Traufe bringen, und sie würden dabei weiter nichts erreichen, als ihr Geld los werden. Es wäre eine Selbstentmannung.

Ganz anders stehe es im freien Verbands, der heute 27 000 Mitglieder in allen Gauen Deutschlands zähle und für die Konditoren in einer Reihe deutscher Städte bereits Erfolge errang, die sich sehen lassen können. Die Tarifabschlüsse in München zeigen deutlich, daß nicht durch Harmoniebusel oder schöne Worte die traurige Lage der Konditorgehilfen gebessert werden kann, sondern durch zielbewusste Arbeit. Es könne deshalb den Konditorgehilfen die Wahl nicht schwer sein zwischen einer solchen Organisation und einem Verbändchen, das einschließlich Brauern, Müllern usw. kaum 1000 Mitglieder zählt.

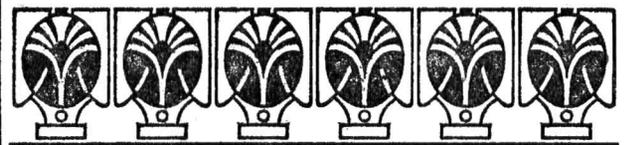
Die Ausführungen eines Nürnberger Delegierten klangen in öden Schimpfereien gegen den freien Verband und seine Leitung aus; der Betreffende hat es aber trotzdem nicht verschämt, das mitzugeben, was der freie Verband in Nürnberg für die Konditoren schon geschaffen hat. Er hatte die Manieren eines echten christlichen Verbändlers.

Die vorgerückte Zeit hätte bald einen Teil der Konferenzbesucher veranlaßt, das gastliche Zimmerchen zu verlassen, ohne daß die Nachher eine offizielle Abstimmung vorgenommen hätten. Erst auf energisches Drängen bequeme man sich dazu, und so kam die Mäßigkeit der Veranstaltung klar zum Ausdruck. Für den Anschlusse an die christliche Organisation erklärte sich der Vertreter von Mannheim im Auftrage seiner Mandanten, desgleichen die Vertreter von Nürnberg, Bamberg und Frankfurt a. M. Gegen den Anschlusse waren Stuttgart, München, Leipzig und Halle, das heißt die numerisch stärksten Vereine.

So endete der so pompös angekündigte Fischzug mit einem jämmerlichen Fiasco der christlichen Schlingenleger. In den Vereinen, die durch ihre Delegierten den Anschlusse zusagten, versuchte man bereits den Mitgliederfang, die Herrschaften mußten aber mit langer Nase abziehen.

Die Konditorgehilfen sind eben trotz der pompös aufgeputzten Prahlmanerei nicht gewillt, sich einer Organisation anzuschließen, die eine so anrüchliche Vergangenheit hat wie die Christlichen, und der Matador aus Düsseldorf mag sich mit seinem Freund Riffel trösten. Es war' so schön gewesen, es hat nicht sollen sein.

Die große Aktion in Würzburg war von einem gleichzeitigen Frontangriff auf die „Süßen“ in der „Solidarität“ begleitet. Auch dort gab man ihnen himmlisch gute Worte und schilderte ihnen die große Stoßkraft der frommen Organisation in den glühendsten Farben, aber geholfen hat es nichts!



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Untragsgemäß wurde aus dem Verband ausgeschlossen auf Grund § 11 Abs. 5a des Statuts: Karl Nowak (Buch-Nr. 31 800) in Berlin; desgleichen auf Antrag der Zahlstelle Dresden: Otto Lohse (Buch-Nr. 23 063) wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern; ferner wegen Streikbruchs und Unterschlagung von Verbandsgeldern: Arnob Kötthe in Olbernhau (Buch-Nr. 6442).

Der Verbandsvorstand. J. U.: D. Ullmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 6. bis 11. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Oktober: Bremen M. 556, Regensburg 402,60, Dresden 5141,40, Wierzen 26,85, Striegau 24,90, Düsseldorf 224,85, Osnabrück 59,70, Limbach 33,10, Gießen 376, Gomburg v. d. G. 58,30, Hof 48,20, Meuselwitz 58,70, Cassel 255,35, Martriedwitz 28,25, Biberach 18,85, Apolda 51,70, Gotha 143, Harburg 176,90, Straubing 58,20, Jülich 151,10, Frankfurt 1637,80, Sonneberg 37,10, Eisenach 59,80, Dessau 91, Rudolstadt 27,20, Traunkirchen 50,30, Gera 142,30, Stuttgart 426, Schmöln 32,90, Coburg 33,15, Solingen 146,50, Zeitz 266,05, Würzburg 166,20, Nürnberg 2023,10, Breslau 427,20, Freiburg 98,30, Grimmitzschau 109,30, Halle 609,60, Mannheim 566,80, Eplingen 46,90, Stendal 34,20, Tangermünde 54,20, Straßburg 114,15, Leipzig 1868,90, Schwabach 20,90, Meß 31, Magdeburg 800,20, Bremerhaven 119,30, Rosenheim 137,40, Herford 750,15, London 128,50.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: D. G. Lofthum M. 3, M. B. Bacha 9, Ch. N. Meuselbach 3, A. H. Hohenjeden 2, A. R. Wellenbach 5, P. N. J. Behoe 39, G. St. Grabow 67,95, R. B. Nichtenberg 18, A. S. Lehesten 5, R. Sch. Rombach 4,50.

Für Abonnements und Annoncen: "Dobraner Zeitung" M. 6, Gesangverein "Morgengrauen"-Frankfurt a. M. 8, E. F. Frankfurt a. M. 27, Kollegen Fr. D. Frankfurt 5, Offenbach 3, Traunkirchen 5,40, Würzburg 2,40, Freiburg 6,60, Konsumbäcker Sagan 6,50, B. L. Freiburg 3,50, Zentralfrankenkasse: Rüstingen 11,80, Frankfurt a. Main 17,80.

Für "Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung": Regensburg M. 3, Bremen 8, Gießen 3, Gomburg 2, Gotha 12, Harburg 6, Stuttgart 18, Halle 18.

Der Hauptkassierer. D. Freytag.

Streikabrechnungen.

Streik in Berlin. Einnahme.

Zufuß der Hauptkasse M. 9000,—
An laufenden Mitgliederbeiträgen " 3797,70
Streikbeiträge der Mitglieder " 22125,—
Zellersammlungen " 112,80
Unter Stichmarke eingeliefert " 10,—
Sonstiges " 85,30
Summa... M. 35130,80

Ausgabe.

Unterstützungen an verheiratete Kollegen... M. 4801,35
" " ledige " " 8848,65
" " abgereifte " " 136,10
Fernhaltung des Zuzuges " 201,30
Insertion und Drucksachen " 19485,—
Rechtsschutz " 30,30
Miete und Reinigung des Streiklokals " 340,—
Bäckereifontrolle, Hilfe im Streikbureau usw. " 1005,50
Porto und Bureaubedarf " 226,90
Fahrgelder und Diverses " 55,70
Summa... M. 35130,80

Mag Barth.

Revidiert und für richtig befunden:

Herm. Müller, Karl Steputat, Fritz Albrecht.

Streik in Hamburg. Einnahme.

Zufuß der Hauptkasse M. 7624,55
" Lokalkasse " 2643,30
Streikbeiträge der Mitglieder " 12975,—
Sonstiges " 5,—
Summa... M. 23247,85

Ausgabe.

Unterstützungen an verheiratete Kollegen... M. 5601,90
" " ledige Kollegen " 7061,80
An abgereifte Kollegen " 114,60
Fernhaltung des Zuzuges " 124,10
Entschädigung für einbehaltenen Lohn " 2281,—
Drucksachen " 4786,10
Agitation und Rechtsschutz " 1458,80
Bureaukosten, Gehälter und Miete " 1794,55
Sonstiges " 25,—
Summa... M. 23247,85

B. Meppen.

Revidiert und richtig befunden:

A. Pappenhagen, Joh. Harms, G. Feldtmann.

Streik in Leipzig. Einnahme.

Zufuß der Hauptkasse M. 7092,30
Streikbeiträge der Kollegen " 889,50
Sonstiges " 104,05
Summa... M. 8085,85

Ausgabe.

Unterstützungen... M. 8091,05
An abgereifte Kollegen " 369,10
Fernhaltung des Zuzuges " 526,84
Drucksachen " 3284,62
Kontrolle und Vertretung " 772,60
Porto und Sonstiges " 91,64
Summa... M. 8085,85

Alfred Fik.

Nachgeprüft: Otto Freytag.

Streik in Breslau. Einnahme.

Zufuß der Hauptkasse M. 8420,80
Streikbeiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen " 313,50
Sonstiges " 53,15
Summa... M. 8787,45

Ausgabe.

Unterstützungen an verheiratete Kollegen... M. 418,—
" " ledige " " 1778,20
" " abgereifte " " 88,80
Fernhaltung des Zuzuges " 68,55
Drucksachen " 1420,30
Sonstiges " 13,60
Summa... M. 3787,45

W. Winger.

Revidiert und für richtig befunden: Paul Kubon.

Streik in Danzig. Einnahme.

Zufuß der Hauptkasse M. 2204,70
Streikbeiträge " 88,—
Summa... M. 2292,70

Ausgabe.

Unterstützungen... M. 1159,—
Fernhaltung des Zuzuges " 130,25
Drucksachen " 836,10
Agitation und Vertretung " 140,15
Porto und Sonstiges " 27,20
Summa... M. 2292,70

Aug. Grngo.

Revidiert und für richtig befunden:

M. Schwichtenberg, J. Wackly, M. Maleitschupf.

Streik in Kiel. Einnahme.

Zufuß der Hauptkasse M. 2163,44
Mitgliedschaft " 500,—
Streikbeiträge " 1184,—
Sonstiges " 21,—
Summa... M. 3868,44

Ausgabe.

Unterstützungen... M. 839,40
Fernhaltung des Zuzuges " 83,80
Einbehaltenen Lohn " 238,40
Drucksachen " 2063,80
Agitation und persönliche Entschädigung " 565,05
Rechtsschutz " 16,—
Sonstiges " 61,99
Summa... M. 3868,44

D. Hofmann.

Revidiert und für richtig befunden: W. Kahl.

Streik in Mannheim. Einnahme.

Zufuß der Hauptkasse M. 1269,60
Streikbeiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen " 495,—
Vom christlichen Verband " 100,—
Sonstiges " 262,—
Summa... M. 2126,60

Ausgabe.

Unterstützungen... M. 1300,51
An abgereifte Kollegen " 59,10
Fernhaltung des Zuzuges " 31,70
Drucksachen " 624,95
Agitation und Sonstiges " 110,34
Summa... M. 2126,60

J. Mann.

Revidiert und für richtig befunden: R. Rupp, J. Moser.

Streik in Oberfeld. Einnahme.

Zufuß der Hauptkasse M. 767,70
Streikbeiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen " 350,50
Summa... M. 1118,20

Ausgabe.

Unterstützungen... M. 537,40
Fernhaltung des Zuzuges " 34,55
Agitation und Drucksachen " 546,25
Summa... M. 1118,20

Jos. Büch.

Nachgeprüft: Otto Freytag.

Spätestens am 18. November ist der 47. Wochenbeitrag für 1911 (19. bis 25. November) fällig.

Sterbetafel.

Mageburg. Wilhelm Müller, am 3. November gestorben im Alter von 49 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

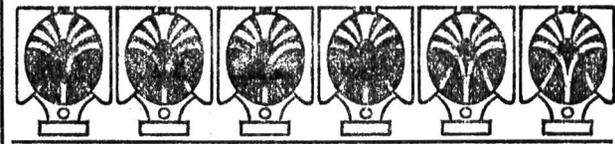
Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben!)

Bäcker.

Tarifabschluß mit Bäckerei-Inhaber Ernst Spittler-Karlruhe. Aus diesem ist folgendes erwähnenswert. Die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige inklusive der notwendigen Essenspausen. Ueberstunden werden mit 50 % pro Stunde vergütet. Der Mindestwochenlohn beträgt bei Kost und Logis M. 24 und nach einjähriger Tätigkeit des Gehilfen M. 25. Außerdem werden bei einer Beschäftigungsdauer von einem Jahre drei Tage Ferien gewährt. Ferner wurde der Arbeitsnachweis anerkannt. Dieser Vertrag gilt bis zum Jahre 1913. Würden die Karlruher Bäckergehilfen aus diesem Tarifabschluß die nötige Konsequenz ziehen, so wäre es ein leichtes, mit dem Prokurentum der Karlruher

Bäckermeister zu brechen. Mit Vereinsmeierei und Harmoniebüfeler ist nicht vorwärts zu kommen, sondern nur eine geschlossene Macht kann die jetzigen traurigen Zustände ändern. In Bäckereien, die unsere Forderungen bewilligt haben, sind organisierte Gehilfen natürlich erst recht notwendig; denn nur durch solche haben wir eine Kontrolle, ob diese Betriebe auch wirklich tarifreu sind.



Korrespondenzen.

Bäcker.

Chemnitz. Am 26. Oktober fand in der Sängerkloge eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Freier referierte über: „Die Tarifbewegung in den Chemnitzer Brotfabriken und wie stellen sich die Kollegen des Kleinbetriebes dazu?“ Der Besuch der Versammlung war so stark, wie er in Chemnitz wohl noch nie bezeichnet werden konnte. Der Referent verstand es, in seinen anderthalbstündigen Ausführungen den Kollegen ihre traurige Lage vor Augen zu führen und forderte dazu auf, an der Abschaffung des Kost- und Logisystems mit allen Kräften zu arbeiten. An der außerordentlich regen Diskussion beteiligten sich auch die Mitglieder des Gesellenausschusses. Sogar diese gaben zu, daß die Mißstände in unserm Berufe dringend der Abhilfe bedürfen. Die Versammlung nahm noch eine entsprechende Resolution an und spendete dem Schlußwort des Referenten reichen Beifall. Der starke Besuch und der Geist in der Versammlung zeigten, daß nun auch in die Chemnitzer Kollegen eine andere Gesinnung Einzug gehalten hat und sie ernstlich gewillt sind, für ihre Rechte einzutreten.

Danzig. In einer am 31. Oktober stattgefundenen gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Kollege Grngo über: „Die Bedeutung der Konsumvereine und Genossenschaften für die Arbeiterklasse“. Nach einer eingehenden Schilderung des Umfangs der ganzen Genossenschaftsbewegung und ihrer verschiedenartigen Wirkung, geißelte er die genossenschaftlichen Einrichtungen, die die Danziger Bäckermeister geschaffen und mit einer Brotfabrik verbunden haben. Diese „sagenbringende Einrichtung“ ist unter den Bäckergehellen als Invalidenheim respektive Arbeitshaus für bankrotte Bäckermeister bekannt, weil in diesem Institut, das unter der Regie des Landtagsabgeordneten und Obermeisters Karom steht, öfter pleitegegangene Kranten ihre Schulden abarbeiten müssen. Dieser Betrieb sei mit andern Genossenschaftsbäckereien nicht zu vergleichen; denn die größeren Arbeiterkonsumvereine haben alle eine moderne Bäckerei, in welcher unsere Kollegen unter menschenwürdigen Arbeits- und Lohnverhältnissen bei sechs-tägiger Arbeitszeit die Backware herstellen. Wenn in Danzig an die Gründung eines Konsumvereins, der in der nächsten Zeit entstehen soll, geschritten wird, so müssen unsere Kollegen die ersten sein, die diese Bewegung unterstützen und Mitglieder werden. Auch in Danzig wird die Zeit kommen, wo die Verhältnisse sich ändern und den wutschnaubenden Kranten das Heft des Terrorismus aus der Hand genommen wird. Unsere Mitglieder müssen mithelfen, auf allen Gebieten die Macht der Arbeiterschaft nach Kräften zu fördern. In der Einigkeit der großen Arbeiterklasse liegt eine unergründliche Fülle von Macht, die, wenn sie richtig angewendet wird, imstande ist, der fluchwürdigen Ausbeutung des Volkes durch den Kapitalismus ein Ende zu machen. Der Vortrag wurde von den Versammelten mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion verpflichteten sich die Kollegen, im Sinne des Vortrages zu handeln. Ferner wurde Stellung genommen gegen die Innung, die den § 95 der Gewerbeordnung ändern will. Der Vorstand wurde beauftragt, dagegen nähere Schritte zu unternehmen. Einige Kollegen traten der Organisation als Mitglieder bei.

Graudenz. Zu einer Versammlung am 2. November war eine größere Anzahl der Kollegen erschienen. Der vom Kollegen Grngo gehaltenen Vortrag lautete: „Was müssen die Graudenzener Bäckergehellen wissen, wenn sie sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen wollen?“ Dem Verbandsrat traten sieben Kollegen bei. Gleichzeitig wurde beschlossen, am Donnerstag, 16. November, eine Versammlung stattfinden zu lassen, damit ersichtlich an die Arbeit für den Verband herangegangen werden kann. Die Bäckermeister in Graudenz wachen mit Argusaugen über die Bäckergehellen. Die Angst unter den jungen Kollegen war durch den Terrorismus der Innungsscharfmacher daher ziemlich groß. Die Graudenzener Innungsführer, die Leuchten der staaterhaltenden Jugend, möchten es am liebsten sehen, daß die Bäckergehellen umsonst arbeiten. Einzelne Innungskrante entblöden sich nicht, den Gehellen für die sieben-tägige Arbeitswoche einen Lohn von M. 5 bis M. 7 anzubieten. In der Graudenzener Innungsgilde scheint vor allem noch der mittelalterliche Standesdünkel geächtet zu werden, und besonders dummdreiste, unfähige Unternehmer sind bestrebt, die Gesellen nach dem Muster der östlichen Zunfterschaft als Leibeigene unter ihre Fuchtel zu bringen. Nicht nur, daß das wirtschaftlich bankrotte Kleintrautertum sich gegen die kapitalistische Konkurrenz bloß halten kann, indem es nur Lehrlinge beschäftigt (fast jeder hiesige Meister hat drei und vier Stück dieses bezogenen Ausbeutungsmaterials) — es greift auch zu Mitteln, die völlig gesetzwidrig sind. Es sei hierdurch den Innungsleitern empfohlen, sich mehr um die Zustände in ihren eigenen Reihen zu kümmern, damit es bald besser wird. Wissen sie denn nicht, daß durch die Schuld ihrer Lehrenten fünf junge Leute, als sie in der Lehre waren, zu drei und vier Monaten Gefängnis verurteilt worden sind? Wenn unsere Kollegen sich einmal in die Graudenzener Verhältnisse gründlich hineinleuchtet, wird es den Herren von der Innung jedenfalls anders zumute werden. Zur Charakteristik dessen, was hier geleistet wird, wollen wir heute nur noch erwähnen, daß der Obermeister Ralies einen Gehellen, der ihm nicht die Zeit geboten hatte, mehrere Male ins Gesicht schlug und ihm obendrein die Papiere einbehielt.

Vor Gericht hat dieser Held natürlich die rohe Tat zu leugnen gesucht, wurde aber für schuldig befunden. Kollegen von Graubenz! Raftt Euch auf und tretet dem Zentralverband bei, dann wird man Euch bald als Menschen behandeln müssen!

**Sücht.** Am 1. November war in das Lokal von Pump von unserer Seite eine öffentliche Versammlung einberufen worden. Der frühere Gelbe und jetzt im Girsch-Dunderschen Verbands als Agitator auftretende Drevitz war mit einigen seiner Getreuen erschienen. Unser Referent zeigte zunächst, daß es die freien Gewerkschaften verstanden haben, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erringen. Die Anwesenheit des früheren gelben Bundesführers gab dem Redner Veranlassung, dessen Wandlungsfähigkeit zu besprechen, was auf der gegnerischen Seite große Anruhe hervorrief, so daß die Versammlung manchmal sehr stürmisch wurde. Drevitz wollte in der Diskussion diese Kritik abschwächen, indem er sich dazu bekannte, man bekäme erst mit 25 Jahren seinen vollen Verstand. Daß er erst beim freien Verband, dann bei den Gelben und jetzt bei den Girsch gelandet ist, das war eine Jugendtorheit. Seine Wandlungsfähigkeit scheint aber immer noch nicht abgeschlossen zu sein; denn im Laufe der Diskussion offenbarte er noch, daß er vor fünf Wochen noch der nationalliberalen Partei angehörte, aber auch hier das blaue Hemd auszog und ein lilafarbenes angezogen habe. Die Fortschrittspartei kann sich zu dem neuen Mitglied und Kämpfer Drevitz gratulieren. Drevitz operierte wieder mit dem bekannten, längst widerlegten Schwindel, eines unserer Mitglieder, das eine führende Rolle einnehme, habe bei dem letzten Bäckereistreit in Frankfurt Streibrednerdienste geleistet. Dasselbe wirft er auch dem Kollegen Kumeleit beim Wiesbadener Bäckereistreit vor, verschweigt aber, daß es sich im letzten Fall um einen Betrieb gehandelt hat, der die Forderungen bewilligt hatte. Als Kollege Kumeleit dann als zweiter Redner das Wort erhielt, verliesen die Girsch das Lokal unter Protest mit der Behauptung, einer der Ihrigen habe schon vorher ums Wort gebeten. Die bekannte Praxis: erst alle möglichen Anschuldigungen in die Versammlungen zu schleudern und nachher wegen eines an den Haaren herbeigezogenen Vorwandes auszureißen. Kollege Kumeleit erläuterte dann kurz, was Wahres an den Drevitzschen Behauptungen ist, und die Versammlung konnte auf diese Weise zu einem würdigen Schluß gebracht werden.

**Karlsruhe.** Hier tagte am 9. November eine öffentliche Versammlung, welche an Besuch viel zu wünschen übrig ließ. „Krankentafelwahlen und unsere Stellungnahme hierzu“ lautete das Thema, über welches Landtagsabgeordneter Willi referierte. Es war ein instruktives und sehr lehrreiches Referat, welches wirklich verdient hätte, von allen Karlsruher Bäckergehilfen angehört zu werden. Man kann diesen aber anscheinend bieten, was man will, sie zeigen für nichts Interesse. Lieber gehen sie zu Saufgelagen oder machen ihren Schlandrian auf der Messe. Gebraucht man jedoch einmal in späterer Zeit die Krankentafel und das gewährleistete Krankengeld von sage und schreibe M 1,25 pro Tag langt dann weder hinten noch vorn, so wird geschimpft, daß es nur so eine Art hat. Durch die Interesslosigkeit der Gehilfenschaft kann es leicht möglich sein, daß gelbe Vertreter in die Ortskrankentafel der Bäcker hineinrutschen und diese dann Verrat an den Gehilfeninteressen üben. Genosse Willi erntete lebhaften Beifall für seine interessanten Ausführungen, und die Diskussionsredner Kraft, Fiedler, Hofmann und Spittler sprachen im Sinne des Referats. Mögen nun alle großjährigen Kassenmitglieder am Tage der Wahl sich einfinden, damit unsere Vertreter aus der Wahl hervorgehen, denn nur durch diese kann der Scharfmacherplan, Gründung einer Innungskrankentafel, vereitelt werden. Es gilt, geschlossen dagegen zu protestieren, daß man uns das Mitbestimmungsrecht nehmen will.

**Thorn.** Am 5. November fand in Thorn die anberaumte Monatsversammlung statt. Diese Versammlung, zu der von den Verbandsmitgliedern rege Agitation betrieben worden war, war gut besucht, und es konnten auch einige Neuaufnahmen entgegengenommen werden. Ein Teil der Kollegen aus der Brotfabrik scheint es aber nicht mehr nötig zu haben, nachdem sie bereits durch den Zentralverband erhebliche Vorteile erzielt haben, die Versammlung zu besuchen. Jedenfalls werden sich diese Eintagsfliegen wieder einfinden, wenn abermals der Lohn gedrückt wird und die Arbeitsverhältnisse unmenschlich werden. Es wird an dem Eifer der festen Mitglieder liegen, diesen kurzfristigen Kollegen ganz gehörig die Meinung zu sagen. Der Vortrag: „Müssen die Gesellen im Bäckergewerbe sieben Tage arbeiten?“ wurde mit Interesse entgegengenommen. Ferner wurde beschlossen, im November noch eine Versammlung abzuhalten. Ein Antrag, in diesem Jahre Weihnachtsgewinn und Stiftungsfest der Zahlstelle Thorn zu arrangieren, wurde einstimmig angenommen. Der Vorstand wurde beauftragt, weitere Schritte zu unternehmen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

**Uetersen.** Die Versammlung am 11. November war gut besucht. Ueber den Bericht von einer kombinierten Kartellstiftung entspann sich eine lebhafte Debatte, doch wurde der Antrag, M 10 zum Reichstagswahlfonds abzuführen, mit Mehrheit angenommen. Das befristete Defizit vom Vergnügen am 14. Oktober ist nicht eingetretten, sondern es ist noch ein kleiner Ueberschuß zu verzeichnen. Wenn in dieser Versammlung die Meinungen recht hart aufeinander platzten, so war man doch allgemein der Ansicht: noch öfter solche Versammlung und man wird sich endlich verstehen lernen und hier zu gesunden Verhältnissen kommen. Die nächste Versammlung findet am 9. Dezember statt und wird hoffentlich wieder so gut besucht.

**Fabrikbranche.**

**Betz.** Am 7. November, abends 8 Uhr, fand in der „Reichshalle“ eine allgemeine Berufsversammlung aller in Schokoladen- und Zuckermwaren- sowie Nudelfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Die Tagesordnung lautete: „Der erfolgreiche Streik in der Dresdner Schokoladen- und Zuckermwarenindustrie und was lehrt uns derselbe.“ Kollege Allmann erläuterte an der Hand von Tatsachen, wie die Dresdner Kolleginnen und Kollegen es

verstanden haben, durch fleißige Agitation ihre Zahlstelle bis zur heutigen Stärke zu vergrößern und daß sie, als sie mächtig genug waren, den Fabrikanten entgegenzusetzen konnten: Bis hierher und nicht weiter! Am Schluß seines Referats wurde dem Kollegen Allmann reichlicher Beifall zu teil. In „Verschiedenes“ bedauerte Kollege Ott, daß in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung der Besuch der Versammlung kein besserer sei. Die Verhältnisse in den Zeiger Schokoladenfabriken seien nicht die rosigsten; dies würde bewiesen durch die vielen Beschwerden, die von Seiten der Anwesenden vorgebracht wurden betreffs der Behandlung. So ist bei der Firma F. A. Dehler ein Meister, Ott, der, obwohl er früher selbst bloß Arbeiter war, sich jetzt als Meister das unglaubliche erlaubt. Bei der Firma Ehrbach ist es der Meister Weinhold und bei der Firma Emmerring ist es der eine Chef selber, welche den Arbeiterinnen die allerbesten Rosenamen aufhängen; ja, wenn die Arbeiterschaft dieser genannten Firmen nicht selbst Hand ans Werk legt, wird es freilich nicht besser werden. Wir haben ja betreffs der Organisation ganz gute Fortschritte gemacht, aber die große Mehrzahl hat bis jetzt geschlafen, hauptsächlich die Arbeiter der genannten Betriebe; sie sollten von ihren Arbeitskolleginnen lernen, die besser auf dem Posten sind. Dieser Dresdner Streik hat nicht bloß das Interesse der Arbeiterschaft in diesem Verufe erweckt, sondern auch das Interesse der Polizeibehörde in Betz. Allenfalls konnte man sehen, wie Beauftragte der Polizeibehörde vor den genannten Betrieben auf und ab patrouillierten. Ob im Auftrage der Fabrikanten oder aus eigenem Interesse, das mag dahingestellt bleiben. So geschah es auch, daß am 7. November, als zwei Kollegen Flugblätter bei der Firma Dehmig-Weidlich verteilten, ein Beauftragter der Polizeibehörde, den unermüdlichen Polizeihund zur Seite, einen unserer Kollegen sistierte und ihn mit zur Wache nahm. Aus welchen Gründen, wird die Zukunft lehren. Diese Sistierung hat aber ihren Zweck verfehlt, da nur der eine Kollege zur Wache geführt wurde, während der andere weiter verteilte, und die Flugblätter also doch ihren Zweck erfüllt haben.

**Aus Unternehmungskreisen.**

**Bäckerei.**

**Aus der Münchener Bäcker-Innungs-Krankentafel.** Die Wahl der Generalversammlungsvertreter zur Bäckerey-Innungs-Krankentafel fand am 24. Oktober statt. Zur Gründung dieser Kasse und Loslösung von der Ortskrankentafel vor vier Jahren mußte insbesondere das Simulantentum, das unter den kranken Bäckergehilfen vorhanden sein sollte, als Grund herhalten. Wer jedoch die Herren Innungsapostel genauer kennt, hat auch ihre wahren Gründe durchschaut. Es dürfte auch kaum einen sozialpolitisch rückständigeren Innungsführer geben, als Herrn Gemeindefürsorge-Schöber. Außerdem waren auch die Machrgelüste so mancher Herren im Innungsstöß der treibende Keil. Daß unter solchen Umständen die denkenden Gehilfen darauf verzichteten, der Innungs-Kasse anzugehören, ist klar. Den Herren paßte das sehr; denn so wurden Gehilfenvertreter gewählt, die zu allem ja und Amen sagten, was befohlen wurde. Aber mit der Bekämpfung der angeblichen Simulation hatte es seinen Haften. So stellte z. B. Herr Dr. Epstein bei einer Untersuchung von 98 in Arbeit stehenden, sich gesund fühlenden Bäckergehilfen fest, daß in 52 Fällen die Respirationorgane angegriffen waren, darunter zweieunddreißigmal Affektion der Lungenspitze; Erweiterung der Blutgefäße wurde neunzehnmal und in 18 Fällen wurde Herzkrankheit festgestellt. Dabei waren 94 der Untersuchten erst 17 bis 35 Jahre alt. Die Kassenverwaltung selbst mußte im Jahresbericht 1910 feststellen, daß 37,12 pZt. der Kassenmitglieder krank waren und daß dem Referatsbesand nicht der notwendige Betrag zugeführt werden konnte. Geradezu als frivol muß es bezeichnet werden, wenn unter diesen unleugbaren Tatsachen von einem Simulantentum gesprochen wird. Das Gegenteil ist bewiesen. Im Interesse des Volkswohles aber liegt es, daß das Brot von gesunden Leuten erzeugt wird, zumal nachgewiesen ist, daß Krankheitserreger beim Backprozeß nicht getötet werden. Immer lauter wurde deshalb der Wunsch der organisierten Bäcker und Konditoren, den bisherigen Vertretern den Laufpaß zu geben, um so zu ermöglichen, daß in der Innungs-Krankentafel die Interessen der kranken Kassenmitglieder gewahrt werden. Bisher hat die von der Bewegung vom Jahre 1909 fattsam bekannte christliche Garde dort nur die Meisterinteressen vertreten. Die alten Gehilfenvertreter ahnten in ihrem Schuldbewußtsein das hereinbrechende Gewitter und zogen es deshalb vor, einem offeneren, ehrlichen Kampfe aus dem Wege zu gehen. Auf Anraten eines Innungsführers enthielten sie sich der Wahl. Dieser Entschluß wurde ihnen wohl auch dadurch erleichtert, daß ihnen die Aufstellung der Kandidaten Schwierigkeiten bereitet haben dürfte; denn verschiedene bisherige Vertreter sollen sich für die ihnen zugedachte Rolle für die Zukunft bedankt haben. Die Verbandsliste ging mit 288 Stimmen glatt durch, obwohl infolge des Wandervers der Christlichen viele Organisierte der Wahl fernblieben. In Anbetracht dessen kann wohl von einem großen Siege nicht geschrieben werden, aber der Hinauswurf vollzog sich prompt und glatt. Die Abgesägten suchten sich nun damit zu trösten, daß bei den nächsten Wahlen der Proporz zur Anwendung kommt. Auf alle Fälle werden die jetzt gewählten Vertreter sich dahin die Kasse zu dem gemacht haben, was sie sein soll: zu einer Fürsorge-Einrichtung für die durch Nacht- und Sonntagsarbeit und durch die unterirdischen gesundheits-schädlichen Werkstätten ausgemergelten und krank gewordenen Münchener Bäckergehilfen.

**Aus gegnerischen Organisationen.**

**Eine Tagung der Gelben** hat am 6. November in Berlin stattgefunden, und man hat dort kräftig nach einem neuen Zuchthausgesetz für die freiorganisierte Arbeiterschaft verlangt. Die ganze Aktion lag in den Händen des „Hauptausschusses der nationalen Arbeiterverbände“, und eine Reihe von bekannten Scharfmachern aus industriellen Lager nahm daran teil. Angegeschlossen sollen

diesem **Hauptausschusse** sein 18 nationale Verbände mit 130 000 Mitgliedern, und seine beste Stütze bildet der „Bund deutscher Werbervereine“. In Berlin, Magdeburg, Nürnberg, Augsburg habe die Bewegung die größte Ausbreitung gefunden, während in Sachsen sie jetzt anfangs zu stoden. Zwei Referate über Streik- und Arbeitswilligenschuß, die von Fichtner und Feuer-Berlin erstattet wurden, bildeten den „Höhepunkt“ der Tagung. Besonders letzterer ereiferte sich über die Demagogen, die mit sauer-verbienten Arbeitergroßen bezahlt werden und einen schändlichen Mißbrauch mit dem Koalitionsrecht treiben. Arbeiter würden niedergemetzelt, und man vergriffe sich sogar an Frauen und Kinder der Arbeitswilligen. Die Regierung sei noch lange nicht scharfmacherisch genug, und auch der Reichstag habe versagt. Bedauerlich wäre, daß bürgerliche Sozialideologen nicht selber die friedliche Arbeit der Streikposten am eigenen Leibe kennen lernten — sie würden dann schnell von dem Schlagworte der Solidarität geheilt werden. Die Ausführungen Fichtners waren etwas gemäßigter, aber dafür mitunter von grenzenloser Naivität. Nichtete er doch unter anderem die Bitte an die Arbeitgeber, den Lohn nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern nach sittlichen Grundsätzen zu bewilligen! Da wird der Herr lange warten können. Hocherfreut von der nationalen Arbeiterbewegung zeigte sich der anwesende bekannte Parlamentarier Dr. Arendt. Mehr als in der Sozialdemokratie liege in den freien Gewerkschaften die Gefahr für unsere wirtschaftliche und nationale Entwicklung; das beweise England, wo die Gewerkschaften gleichfalls ein Fluch für die Arbeiter geworden seien. Dr. Arendt rühmte sich, daß er durch sein Eintreten für das Zuchthausgesetz — für die Freiheit eingetreten wäre. Das Fehlen eines solchen Zuchthausgesetzes sei eine nationale Schande. Und er fand mit dieser Behauptung auch den lebhaftesten Beifall bei der ganzen Versammlung. Neben Dr. Arendt bemühte sich Landtagsabgeordneter und Landgerichtsdirektor Dr. Köchling mit großem Erfolg um die Gunst der Streikbrecher-Gesellschaft. Dieser Herr behauptete kühn und ungeniert, daß Beschimpfungen, Verlästigungen und Körperverletzungen unbefristet blieben; unter stürmischem Beifall erklärte er aber, daß seine Kammer sich nicht geniert habe, Streikführern gegenüber von den gesetzlichen Bestimmungen energischen Gebrauch zu machen. Mit einigen Umschreibungen behauptete er weiter, daß in Streikprozessen die Anwälte oder die Arbeitskollegen den Versuch machen, Arbeitswillige zum Meineid zu verleiten.

Natürlich fehlte bei einer so edlen Versammlung auch der Präsident der gelben Bäcker nicht; da seine winzige Gruppe noch nirgends praktische Erfolge an ihre Fahnen heften konnte, betätigt er sich jetzt stark in theoretischer Bekämpfung der organisierten Arbeiterschaft, damit seine Geldgeber nicht ganz den Glauben an seine ausgezeichneten Fähigkeiten verlieren. Und so hat er sich auch auf dieser Tagung wieder hervorgetan und sich speziell den Boykott vorgebunden. Er begründete nochmals die beiden Paragraphen, die er dem Strafgesetzbuch einverleibt wünscht und die lauten sollen:

„§ 240. Wer in rechtswidriger Absicht einen andern durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

„§ 241. Wer durch gefährliche Drohung einen andern in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark bestraft.“

Wischnöbski hofft, daß nach einer solchen Ergänzung des Strafgesetzbuches der Staatsanwalt ohne weiteres jeden Urheber eines Boykotts beim Kragen nehmen kann. Was er dem Hauptausschuß nationaler Arbeiterverbände Summa Summarum vortrug, hat er schon hunderte Male in Versammlungen und in seinem Bundesblättchen zusammengelunkert. Zunächst beklagte er bitter, daß der Reichstag sich seinerzeit nicht eingehend genug mit der gelben Petition gegen Streik und Boykott befaßt und sie dem Reichszangler nur als Material statt mit dem dringenden Ersuchen überwiesen habe, durch ein Gesetz endlich die Schwachen zu schützen, ehe es zu spät ist. Um alle Zweifel an der Notwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen aus der Welt zu schaffen, ging er dann dazu über, Einzelfälle von gewerkschaftlichem Terrorismus zu schildern, und nun marschierten die bekannten Ladenhüter alle wieder auf. Erst kam Jena an die Reihe, wo ein Meister boykottiert worden sei, obgleich die angebliche Maßregelung des organisierten Gesellen nur ordnungsgemäße Entlassung gewesen sei. Ueber die bekannten Magdeburger Vorkommnisse „berichtete“ er mit folgenden Worten:

„So wollten die Konsumbäcker zum Beispiel einen eigenen Verband gründen und erließen einen Aufruf. Da trat der freie Bäckerverband an die Magdeburger Konsumbäcker heran und verlangte die Entlassung der Schuldigen, und die Konsumverwaltung entließ tatsächlich 21 ihrer besten Arbeiter, welche bei ihr schon 7 bis 21 Jahre arbeiteten, vier Wochen vor Weihnachten.“

Von einem Boykott gegen die Reichardt-Kompanie in Wandsbek mußte der Hellscher auch zu erzählen, und außerdem beschuldigte er uns, bereits 1904 einen Drohbrieff an die Firma gerichtet zu haben, obgleich sich damals unsere Organisation noch gar nicht mit der Firma befaßt hatte. Dann kam der „Terrorismus“ bei den Lohnbewegungen in Berlin, Frankfurt a. M., Finsterwalde und Breslau an die Reihe, und schließlich mußte aus dem Jahre 1904 nochmals die Lubegeschichte aus dem Grabe auferstehen. In seiner Unverschämtheit ging Wischnöbski nach dem Bericht, den er selber über seine Rede gibt, so weit, in Bezug auf die bekannte Zigarrensummelgeschichte zu behaupten:

„Vor Gericht stellte es sich heraus, daß der Verbandsgefelle diesen Stummel in die Deute warf, ja sogar auf Anordnung. Diese Fälle stehen auch nicht vereinzelt da. So ähnlich spielte sich in Magdeburg eine Maus- und in einem andern Orte eine Salamandergeschichte ab. Diese Fälle zeigen uns am besten, was für schmutzige Waffen man benutzt, um andern zu schaden.“

Von diesen „Einzelfällen“ zog er dann in großem Schwünge eine Parallele mit den Vorgängen in Moabit und auf dem Wedding in Berlin, um schließlich so nebenbei

auch noch den bürgerlichen Gegenhott zu empfehlen, der sich in Hamburg besonders wirksam erwiesen habe.

Man sieht, der gelbe Präsident hat sich alle Mühe gegeben, um den Wünschen der Innungscharfmacher gerecht zu werden. Diese Anerkennung wollen wir ihm nicht verweigern. Aber was nützen alle schönen Reden bei den nationalen Arbeitervereinen, wenn die Bäckergefelln von seiner Weisheit nichts wissen wollen?!

## Polizei und Gerichte.

**Ein Tarifbruch im Bäckergewerbe vor dem Gewerbegericht in Regensburg.** Nachdem der Tarifvertrag vom 30. Mai 1911 abgeschlossen war, glaubte ein Teil der Bäckermeister, der Tarif ist abgeschlossen, aber einzuhalten brauchen sie ihn doch nicht, und trotzdem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Tarifkommission beschlossen hatten, dafür zu sorgen, daß endlich einmal sämtliche Betriebe den Tarif durchführen, halfen alle Mahnungen nichts. In der Innungsversammlung vom 12. September hat auch Herr Obermeister Lehner betont, wenn die Arbeitgeber sich nicht Unannehmlichkeiten aussuchen wollen, dann muß jeder den abgeschlossenen Tarif voll und ganz einhalten. Aber taube Ohren hören nicht! So waren die Gehilfen gezwungen, einen der Tarifbrüchigen herauszugreifen und ihn vor das Gewerbegericht zu schleppen, und zwar den Bäckermeister Ludwig Barthel, Predigerstraße. Auch war dieser Herr kein Freund der Organisation; denn er ließ sich meistens von Wehrkreislernen Arbeitskräfte bringen, die nicht organisiert waren und zahlte denen natürlich immer unter Tarif. Einmal sollte es ihm aber schlecht bekommen. Vom 30. Mai bis 9. Juli zahlte Barthel M 24 statt M 28 pro Woche. Als dann von Seiten der Tarifkommission am 7. Juli die erste Aufforderung an die Bäckermeister erging, den Tarif endlich überall durchzuführen, zahlte Barthel pro Woche M 27; also immer noch M 1 unter Tarif. Am 15. Oktober mußte der Gehilfe W. wegen Krankheit die Arbeit verlassen. Er beauftragte unsern Bezirksleiter, den Meister beim Gewerbegericht um den nicht ausbezahlten Tariflohn von M 32 zu verhängen. In der Verhandlung am 27. Oktober stellte Gumpendobler fest, daß Barthel mit zwei Gehilfen und zwei Lehrlingen in die zweite Lohnklasse gehöre und deshalb ein Wochenlohn von M 28 zu bezahlen sei. Herr Barthel wollte geltend machen, daß der zweite Lehrling nur „zur Erleichterung“ da wäre. Der Gerichtsvorsitzende machte ihn aber darauf aufmerksam, daß er mit dieser Ansicht nicht durchdringen werde, sondern er möge die geforderte Summe auf dem Vergleichswege bezahlen, weil ihm sonst nur noch Kosten erwachsen würden. Barthel erklärte sich schließlich damit einverstanden, wollte aber in seiner Prothese nun die Invaliden- und Krankenversicherungsbeiträge für die ganze Zeit des Arbeitsverhältnisses abziehen. Es wurde ihm aber klargemacht, daß er dies nur für die letzten 14 Tage darf. Zum Schluß erklärte er, nunmehr nur noch unorganisierte Gefellen einzustellen; diese bezahle er nach eigenem Ermessen. Es wurde ihm jedoch mit auf den Weg gegeben, daß auch er die Arbeitskräfte vom paritätischen Arbeitsnachweis zu beziehen habe.

Dieser Fall zeigt aufs neue, auf welche Weise der Tarif überall durchgeführt werden kann. Die Regensburger Kollegen müssen deshalb alles aufbieten, damit kein Unorganisierter in Regensburg ist, dann werden auch die Meister bald ohne Ausnahme einsehen lernen, daß der Tarif nicht nur auf dem Papier steht, sondern daß sie die Bestimmungen einhalten haben. Es stehen bereits drei weitere Fälle in Aussicht, und wenn die Herren nicht im letzten Moment umkehren, so müssen sie die gleiche bittere Bille schlucken wie Meister Barthel. Der Ratssaftor hat bei der Verhandlung mit Recht ausgeführt, daß die Organisation mit scharfem Auge machen wird, daß das Abgeschlossene eingehalten wird.

Hier gilt also das Sprichwort: Einzeln sind wir nichts, vereint eine Macht; dies mögen sich sämtliche Kollegen merken. Deshalb, Kollegen der Oberpfalz und Niederbayerns, schließt Euch unserer Organisation an; denn nur da werden Eure Interessen voll und ganz vertreten. Auskunft wird erteilt vom Kollegen Hans Gumpendobler, Regensburg, Steinergasse 4.

## Internationales.

**Zug nach Dänemark ist fernzuhalten. Streik in Aussicht.** Wie bereits in Nr. 43 unserer Zeitung berichtet, stehen die Kollegen in Kopenhagen in einer Tarifbewegung, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird es binnen kurzem zum Kampf kommen; wir müssen deshalb unsere deutschen Kollegen ersuchen, jeglichen Zug von Bäckern und Konditorgehilfen vorläufig fernzuhalten. Der normale Gang der bisher gepflogenen Verhandlungen ist abgebrochen, und das in Dänemark bei fachlichen Kämpfen festgesetzte Ultimatum (Streik- oder Aussperrungsankündigung) ist von Seiten der Arbeitnehmerorganisation bereits ausgegeben. Der Verband hat folgende Forderungen gestellt: Erneuerung der bereits bestehenden Tarifverträge für Feinbäckereien, Brotfabriken und Konditoreien unter Berücksichtigung folgender Änderungen: Die sofortige Erhöhung sämtlicher Lohnskalen um Kr. 2 pro Woche; außerdem um Kr. 1 pro Woche vom 1. Januar 1914. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Ueberstunden werden mit 90 Oere bezahlt; Aushilfsarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 75 Oere. Konditorgehilfen erhalten als Minimallohn Kr. 31 pro Woche. Weibliche Arbeiter (ungelernte) erhalten in den ersten zwei Monaten der Beschäftigungsdauer Kr. 12 pro Woche, hierauf Kr. 15; gelernte Kolleginnen erhalten einen Minimallohn von Kr. 20 pro Woche. Arbeiter oder Arbeiterinnen, die ununterbrochen ein Jahr auf derselben Arbeitsstelle beschäftigt sind, erhalten eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Am 1. Mai sowie am Nationalfeiertag werden alle Arbeiten als Ueberstunden bezahlt. Die Lohnerhöhung tritt am 1. Oktober 1911 (also rückwirkend) für alle drei Tarife in Kraft.

Die Arbeitgeber haben bisher folgende Zugeständnisse gemacht: Die bisher bestehenden Tarifverträge

laufen weiter bis 1. April 1916; am 1. Januar 1914 tritt eine Lohnerhöhung von Kr. 1 pro Woche ein; der Ueberstundenlohn steigt von 66 auf 70 Oere; Aushilfsarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 60 Oere. Weibliche Arbeiter (ungelernte) erhalten nach drei Monaten Beschäftigungsdauer pro Woche Kr. 12, fachliche Arbeiterinnen Kr. 18. Die Arbeitszeit in den Brotfabriken wird von 48 auf 49 Stunden pro Woche verlängert. Da die Arbeitgeber keine weiteren Zugeständnisse machen wollen, ist eine friedliche Lösung kaum zu erwarten. In Betracht kommen rund 1000 Kollegen. Wir hoffen, daß niemand den Kämpfenden in den Rücken fällt. Hoch die Solidarität! H. F.

**Der Streik der Zuckerbäcker bei Charles Cabos-Wien erfolglos beendet.** Der Streik bei der Firma Charles Cabos in Wien wurde am 2. November nach einer vierwöchigen Dauer ohne Erfolg für die Arbeiter beendet. Obwohl der Kampf mit seltener Ausdauer und Opferwilligkeit geführt wurde und auch bis Ende der dritten Woche kein einziger Streikbrecher zu verzeichnen war, konnte die Halsstarrigkeit des Unternehmers und die festgefugte Solidarität des Unternehmerverbandes, der die Parole ausgab, den Betrieb eher zu Grunde gehen zu lassen als nachzugeben, nicht gebrochen werden, und so mußte, damit nicht fünfhundert Arbeiter und Arbeiterinnen gänzlich brotlos gemacht würden, der Rückzug angetreten werden. Die Lehre, die unsere österreichische Bruderorganisation der Zuckerbäcker erhalten hat, wird ihren weiteren Arbeiten nur neue Energie geben. Die traurigste Erscheinung in diesen schweren Tagen und gewiß nicht die letzte Ursache des Rückzuges war das Verhalten der Arbeiter in den andern Fabriken; je länger der Streik dauerte, desto mehr wurden in den Fabriken Heller, Schmidt und Mann Ueberstunden gearbeitet, und als zum Zwecke der Einstellung dieser Ueberstunden Versammlungen einberufen wurden, waren im ganzen von ungefähr tausend in einer Fabrik beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen kaum 30 bis 40 anwesend. Daß eine so traurige Sympathieumgebung die Fabrikanten noch hartnäckiger machte, ist selbstverständlich. Aber die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Cabos sind nicht mutlos oder gar verzagt; für sie gilt nur erst recht der Grundsatz: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Schneller würden die Folgen eines solchen Schlages allerdings überwunden werden, wenn unsere österreichischen Kollegen in den Konditoreien und den Schokolade- und Zuckerwarenfabriken sich bereits mit den Bäckern in einer gemeinschaftlichen Organisation zusammengefunden hätten. Je breiter der Rücken, um so leichter kann er nun einmal Lasten tragen. Die Verbandstage beider Organisationen haben ja aber bereits eine Direktive in dieser Richtung gegeben, und wenn die Zuckerbäcker aus den Erfahrungen lernen, so wird vielleicht die Zukunft nicht mehr allzufern sein, wo es den Unternehmern doch nicht mehr so leicht gelingt, eine einzelne Berufsgruppe brutal niederzuknütteln.

## Eine ausserordentliche Konferenz.

Am 1. Oktober tagte die vom Zentralkomitee der Arbeitskonföderation einberufene außerordentliche Konferenz der Arbeitsbörsen und Föderationen im Föderationshaus zu Paris. Sie war von 70 Delegierten besetzt, die zusammen etwa 150 Föderationen und Börsen vertraten. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme gegen den Krieg, gegen die Lebensmittelvertuerung und gegen die Repressalien der Regierung.

Die Verhandlungen waren geheim, nur die Resolutionen, mit kurzen Bemerkungen versehen, gelangten an die Presse. Verhältnismäßig unbehelligt verlief hier der Kriegsrummel. Partei und Gewerkschaften beschränkten sich nur auf wenige Versammlungen, die nicht durchweg sehr gut besucht waren, während aus allen Gegenden Deutschlands unaufhörlich Meldungen von großen Versammlungen und Demonstrationen gegen den Krieg eintrafen. Die Krise scheint einem Ueberkommen zu weichen; da regen sich auch unsere französischen Genossen, angespornt durch das Beispiel der deutschen. Ein unvoreingenommener Zeuge für unsere Behauptungen ist Gustav Hervé, der vor zwei Wochen noch schrieb: „Wir Franzosen sind es gewesen, die in Stuttgart die Deutschen drängten zur Stellungnahme gegen den Krieg und jetzt, wo es sich darum handelt, einzusetzen, bleiben wir zurück.“ Am 24. September hatten wir eine Massenversammlung (60000 Menschen trotz miserablen Wetters) von Gewerkschaften und Partei (ausnahmsweise) zusammen organisiert, und nun die Konferenz. Die Resolution gegen den Krieg lautet: „Vor dem Eintreten eines immer noch möglichen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland, vor den fürchterlichen Konsequenzen europäischer Komplikationen, angereizt durch den italienisch-türkischen Krieg, beschließt die Konferenz: Die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse über die Haltung der Arbeiterklasse im Falle eines Krieges sind in dem Augenblick durchzuführen, in dem der Krieg erklärt wird. Die Konferenz bringt das Wesentliche dieser Beschlüsse in Erinnerung: „Auf jede Kriegserklärung müssen die Arbeiter mit dem revolutionären Generalstreik antworten.“ Um daher die Ausführung dieser Beschlüsse vorzubereiten, wird 1. das Zentralkomitee der Arbeitskonföderation ein Zirkular an alle Syndikate versenden mit dem Inhalt, die Syndikate einzuladen, ihre Mitglieder vorzubereiten, daß sie im geeigneten Moment die Beschlüsse ausführen. 2. Jede Föderation soll sich unverzüglich damit beschäftigen, die besten Mittel ausfindig zu machen zur Verwirklichung des Generalstreiks in ihrem Beruf oder ihrer Industrie. 3. Jede Arbeitsbörse, jede Syndikatsunion und jedes isolierte Syndikat soll ein Unter-Generalkomitee wählen, wenn nicht schon das Generalkomitee der Organisation mit dieser Arbeit betraut ist. Dessen Unterkomitee wird dann die Aufgabe zufallen, die antimilitaristische und antipatriotische

Propaganda zu steigern. Diese Propaganda soll betrieben werden unter den Bauern, den Arbeitern, den Angestellten und den Frauen. Der Konföderation fällt die Aufgabe zu, diese Propaganda kräftig zu unterstützen. Um für jede Eventualität vorbereitet zu sein, erklärt die Konferenz, daß die Kriegserklärung das Signal für jeden Arbeiter zur sofortigen Arbeitseinstellung sein muß.“

Diese Resolution wurde mit 111 Stimmen gegen 5 bei 3 Enthaltungen angenommen. Alle Tendenzen sollen sich unter dem gemeinsamen Wunsche einer Verständigung auf dem antimilitaristischen Terrain gefunden haben. Die Frage, die oft zu großen Mißstimmungen Anlaß gegeben hat, soll auf der Konferenz die Einigkeit hergestellt haben.

Tatsache ist, daß auch die sozialistische Partei auf zwei ihrer Kongresse beschlossen hat, einem Kriege den Generalstreik entgegen zu setzen. Allordings hat sie nicht beschlossen, antipatriotische Propaganda zu betreiben.

Wichtig ist die Erklärung des Delegierten der Bergarbeiter. Sie, die Bergarbeiter, hätten schon 1907 beschlossen, auf einen Krieg mit dem Generalstreik zu antworten, wozu sie bereit wären.

Die Konferenz nahm ferner folgende Resolution an: „Die Konferenz empfiehlt der öffentlichen Verachtung die italienische Regierung und ihre Finanzmänner für ihren Akt der Räuberei in Tripolis und schickt der italienischen Konföderation eine Anfeuerung zum Widerstand gegen den Schimpf der italienischen Regierenden.“

Der Steuerung der unaufhörlichen Lebensmittelteuerung galt die nächste Resolution. Sie lautet: „Die Konferenz beschließt, eine Broschüre herauszugeben, worin die Ursachen der gegenwärtigen Krise ausführlich dargelegt werden. Ferner im ganzen Reich eine große Agitation gegen die Lebensmittelvertuerung einzuleiten.“

Der letzte Punkt, der die Konferenz beschäftigte, war gegen die gehässige Regierung gerichtet, die sich nicht scheut, die 1893 und 1894 geschaffenen Anarchistengesetze (anlässlich des Bombenwurfs in der Kammer) wieder in Anwendung zu bringen und zwar gegen die Syndikaten. Die diesbezügliche Resolution lautete: „Die Konferenz beschließt, eine Kampagne einzuleiten gegen die Unterdrückungsmaßnahmen aller Art der Regierung. Alle drei Bewegungen (gegen den Krieg, gegen die Lebensmittelwucherer und gegen die verfolgungswütige Regierung) sollen parallel geführt werden. Die Konferenz protestiert energisch gegen die häßlichen Regierungsmanöver, die auf die Anwendung der Anarchistengesetze auf syndikalistische Delikte hinauslaufen. Sie konstatiert das einer Verschwörung gleichkommende Schweigen der bürgerlichen Presse, wodurch diese zum Mitschuldigen an der schimpflichen Vergewaltigung des Bewußtseins der Arbeiter wird, was die Wiederanwendung der Gesetze von 1893 und 1894 bedeutet.“

So hat die Konferenz wichtige Beschlüsse nach drei Richtungen gefaßt. Sie hat den Chauvinisten gezeigt, daß die Arbeiterklasse nicht mehr gewillt ist, sich für eine Laune oder Dummheit der Regierenden widerstandslos hinschlachten zu lassen. Bei der Beratung des Kampfes gegen die Lebensmittelteuerung hat sie nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß auf alle Fälle verhütet werden müsse, diesen Kampf in einen Konflikt zwischen bäuerlichen und städtischen Produzenten ausarten zu lassen. Dabei hat sie auch den bürgerlichen Prekquatsch zurückgewiesen, von dem man nicht weiß, ob es ein Ausfluß der größeren Dummheit oder größerer Schlechtigkeit ist. Die Teuerung rühre von dem Steigen der Arbeitslöhne her. Die Konferenz hat endlich auch der ruchlosen Regierung gesagt, daß sie nicht unausgesetzt ungestraft Arbeiter, Arbeiterführer, Schriftsteller, Zeichner, Künstler, kurz alle diejenigen, die sich in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt haben, verfolgen, verhaften, verurteilen darf. Mögen die Delegierten neben der revolutionären Tatkraft auch die zum Organisieren nötigen Eigenschaften: zähe Ausdauer und eisernen Willen, mit nach Hause genommen haben, dann wird die organisierte Arbeiterschaft mit Zuversicht und dem Bewußtsein der Zukunft entgegensehen können, die Absichten einer verbrecherischen Regierung der bürgerlichen Republik mit unbezwinglicher Wucht zurückgeschlagen zu haben. J. B a b i o n.

## Sozialpolitisches.

**Notstand!** Die Preise wichtiger Lebensmittel steigen weiter. Das ist eine für die arbeitende Bevölkerung schmerzhafteste Tatsache! Folgende Aufstellung über Klein- und Großhandelspreise nach den Aufzeichnungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin illustriert die Fortschritte der Teuerung. Es kostete nämlich im September:

	1903	1910	1911	1911 mehr als 1903 in Prozenten
Roggenbrot, 1 kg	23,73 ₰	26,74 ₰	28,99 ₰	22,16
Weizenbrot, 1 kg	41,77 „	53,20 „	54,15 „	29,64
Roggen, 1000 kg	M. 130,61	M. 150,79	M. 184,77	41,47
Weizen, 1000 kg	„ 158,77	„ 203,24	„ 206,21	29,88
Roggenmehl, 100 kg	„ 17,88	„ 19,08	„ 22,95	28,85
Kartoffeln, 1000 kg	„ 45,—	„ 52,—	„ 80,—	77,77

Ein sechspfündiges Roggenbrot wäre demnach heute um 16 ₰, ein sechspfündiges Weizenbrot um über 37 ₰ teurer als damals. Und da orafelt ein Minister von eingerebeter Teuerungsfürsorge, und der gottgegebene Landwirtschaftsminister preißt das Genausschnellen der Preise als einen „Akt gleichender Gerechtigkeit“. — Da diesen Preissteigerungen, die sich auch auf Butter, Eier, Gemüse, Obst, Käse, Milch usw. erstrecken, keine entsprechenden Lohnsteigerungen gegenüberstehen, bedeuten sie tatsächlich einen Notstand. Er ist der Dank vom Hause Agraria für die Langmut des Volkes gegenüber der Lebensmittelwucherpolitik der Ritter und Geißigen. —d.—

ssc. Die Sterblichkeit der Syphilitiker. Mehlisch wie die Alkoholiker sind auch die mit der furchtbaren Geschlechtskrankheit behafteten Individuen viel stärker als gesunde Personen Erkrankungen der verschiedensten Art ausgesetzt. Wenn auch die Syphilis selbst nur selten direkt zum Tode führt, so ist deshalb die allgemeine Sterblichkeit der Syphilitiker doch eine bedeutend über dem Durchschnitt stehende. Nach einer auf der Dresdner Hygiene-Ausstellung gezeigten Tabelle verhielt sich bei 17 englischen Lebensversicherungsgesellschaften die Sterblichkeit der Luetiker zu der der Nichtluetiker wie 128 zu 100, und bei neun skandinavischen Versicherungsgesellschaften war das Verhältnis gar wie 176 zu 100. Die Gothaer Lebensversicherungsbank stellte im Durchschnitt der Jahre 1852 bis 1905 im Mittel aller Altersklassen eine Mehrsterblichkeit der Syphilitiker gegenüber dem Durchschnitt aller Versicherten von 68 pZt. fest, bei den 15- bis 35jährigen war der Mehrbetrag 88 pZt., bei den 36- bis 50jährigen 86 pZt., bei den 51- bis 70jährigen 61 pZt. und bei den 71- bis 90jährigen 40 pZt.

Das Syphilisgift schädigt vor allem das Herz und das Nervensystem, wie aus folgender von der gleichen Gesellschaft veröffentlichten Tabelle hervorgeht.

Es starben von je 100 Versicherten an:

Table with 4 columns: Disease, Nicht-syphilitiker, Syphilitiker, Sterblichkeit der Syphilitiker in Prozenten gegenüber den Nicht-syphilitikern. Rows include Paralyse, Tabes, Gehirnschlag, etc.

Zu dieser Tabelle ist noch berichtigend zu bemerken, daß auch die 2,9 pZt. Todesfälle an Paralyse bei Nichtluetikern auf das Konto der Luetiker zu setzen sind, da nach neueren Forschungen Paralyse nur bei Personen auftritt, die einmal mit Syphilis infiziert waren. Auch diese Zahlen lehren uns die Notwendigkeit des neuerdings mit so großer Energie aufgenommenen Kampfes gegen diesen Erbfeind der Menschheit.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zur Tabakarbeiterausperrung. Die Tabakarbeiterausperrung, die sich nun nicht allein auf die organisierten Zigarrenbetriebe in der Provinz Westfalen, den Bezirken Osnabrück, Lippe-Deimold und Waldeck erstreckt, sondern auch ausgedehnt wurde auf die organisierten Zigarrenarbeiter in Hamburg-Altona und Bremen und Umgebung, dauert fort, da der westfälische Zigarrenfabrikantenverband es ablehnte, von der Neuerkommission aufgestellte Einigungsvorschläge anzunehmen. Die Ablehnung beweist, daß der westfälische Zigarrenfabrikantenverband in rücksichtsloser Weise den Kampf gegen die Tabakarbeiterorganisationen zu führen gedenkt. Besonders sind es die westfälischen Zigarrenfirmen, die zum großen Nachteil der Hamburger und Bremer Firmen in diesem Kampfe gegen die Arbeiter sich hervortun. Mehr als 13 000 Tabakarbeiter, darunter über 5000 Arbeiterinnen, sind ausgesperrt; sie sind genötigt, unter schweren Opfern um ihre Existenz zu kämpfen. Die Unterstützung durch die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands ist deshalb besonders erforderlich!

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstage. Die innerpolitische Spannung hatte in der letzten Woche ihren Höhepunkt erreicht; war doch endlich der Augenblick da, wo die Reichsregierung über das Marokko- und Kongoabkommen mit Frankreich Rechenschaft vor dem Reichstage ablegen sollte. Nach Meinung der Regierung hat der Reichstag allerdings hierbei nur die Rolle eines unbedeutenden Kritikers zu übernehmen — zu beschließen, ob das Abkommen Rechtskraft erhalten soll, stehe ihm nicht zu. Ein überaus trauriger Zustand, zumal wenn man bedenkt, daß dasselbe Abkommen der französischen Deputiertenkammer zur Beschlußfassung vorgelegt werden muß. Und ein um so unerhörterer Zustand, wenn es sich zeigt, daß auch keine einzige Partei mit der ganzen Vereinbarung einverstanden ist. Daß der Reichskanzler nirgends Unterstützung finden würde, zeigte sich schon am ersten Tage der Debatte. Alle seine treuen Stützen von der rechten Seite des Hauses hatten ihn verlassen; sie machten ihrem Groll nunmehr Luft, weil man sich nicht nach italienischem Muster mit Waffengewalt in Marokko festgesetzt hatte. Die Entsendung des „Panther“ nach Agadir schien freilich die Hoffnung der Prozentpatrioten nach dieser Richtung erfüllen zu wollen, und daß trotzdem den Franzosen dann für einen Gebietsaustausch am Kongo die politische Vorherrschaft in Marokko gelassen und dort nur die wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands sichergestellt wurde, betrachten sie als eine Schmach und als Demütigung des Vaterlandes, die wieder einmal nur dem perfiden Eingreifen der bösen Engländer zu danken sei. Weshalb der „Panther“ nach Agadir springen mußte, konnte allerdings Bethmann-Hollweg auch nicht erklären. Wenn niemals die Absicht bestanden hätte, ein Stück Marokko frisch und froh zu besetzen, sondern von vornherein der Wille zu einer friedlichen Verständigung vorhanden war, so wurde diese durch kriegerische Maßnahmen sicher nicht gefördert. Die Panzerplatteninteressenten waren also bei dem ganzen Handel nicht auf ihre Rechnung gekommen und der Reichskanzler wurde von allen Seiten angegriffen. Von den Sozialdemokraten, weil diese von dem neuen Kolonialgebiet, das erst wieder ungeheure Kosten verschlingen wird, wenn an einzelnen Stellen überhaupt etwas herausgeholt

werden kann, nichts wissen wollen, von den Parteien der Rechten und auch vom Zentrum, weil diese lieber ganz Südmarokko eingestekt hätten. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Bethmann-Hollweg und den Führern der Konservativen, der für die Folge jedenfalls noch von weittragender Bedeutung sein wird. Der Reichskanzler, der sich ansehnend auf seinem Sessel noch recht sicher fühlt, entlarvte die von den Konservativen und den Nationalliberalen getriebene Demagogie gründlich und schaute sich nicht, auszusprechen, daß bei dem ganzen Marokkorummel, wie er in den vergangenen Monaten in der Presse in Erscheinung trat, Kräfte im Spiel gewesen sind, die mehr mit den bevorstehenden Wahlen als mit Marokko und dem Kongo zu tun haben. Wir werden auf diese Debatten ihrer Wichtigkeit halber in nächster Nummer noch einmal ausführlicher eingehen müssen.

Allgemeine Rundschau.

Wie Gewinne verschwinden. Ein Schlaglicht auf die Praxis, große Gewinnsummen verschwinden zu lassen, ohne daß sie in den Abschlüssen der Gesellschaften als Ueberschüsse erscheinen, wirft die Flucht in die Öffentlichkeit eines Aktionärs der Lauruschütte. Das Unternehmen verteilte in den letzten Jahren nur 4 pZt. Dividende. Früher konnten die Aktionäre lange Zeit 10 bis 16 pZt. einstreichen. Den Rückgang der Dividenden führt der erwähnte Aktionär zu einem erheblichen Teile auf die von der Werkverwaltung mit der Kohlenhandlungsfirma Casar Wollheim abgeschlossenen Verträge zurück. Wollheim erhält danach die Kohlen weit unter dem Marktpreise, wodurch den Aktionären mehrere Millionen Mark Gewinne entgingen. Daß die Praxis in erster Linie lohnbrückend wirkt, beruht sich am Klaren. Wie aber kommt die Firma Wollheim zu den für sie so profitablen Verträgen? Die Sache ist sehr einfach. Casar Wollheim ist der Hauptaktionär der Lauruschütte, eine einflußreiche Person bei den Banken, von welchen die Lauruschütte finanziell gestützt wird. Solche Faktoren wirken, ohne daß sie der Werkverwaltung ausdrücklich zum Bewußtsein gebracht werden. Der Aktionär Wollheim begnügt sich mit bescheidenen Dividenden, der Großkohlenhändler Wollheim steckt Millionengewinne ein und die Werkverwaltung flagt über den schweren Druck der sozialen und Steuerlasten. Mehlische Verhältnisse bestehen in größerem Umfang in der Zuckerindustrie. Die großen Rübenbauer sind vielfach auch Aktionäre und Aufsichtsratsmitglieder von Zuckerfabriken. Sie bewilligen sich selbst dann sehr hohe Rübenpreise und machen dabei das Hauptgeschäft. Trotzdem ragen die Zuckerfabriken und Raffinerien mit einer Durchschnittsdividende von 10,89 pZt. für 1909/10 immer noch erheblich über den Durchschnitt für alle gewerblichen Aktiengesellschaften mit nur 7,76 pZt. hinaus. Alle dergleichen Praktiken laufen darauf hinaus, die Arbeiter als Produzenten und Konsumenten zu plündern. — d. —

Der österreichische Parteitag und die tschechischen Sozialdemokratischen Parteitag. In Innsbruck fand kürzlich der österreichische sozialdemokratische Parteitag statt und seine wichtigste Aufgabe war, zu den Zerplitterungsversuchen der Tschechen auf dem Gebiete der gesamten Arbeiterbewegung klare Stellung zu nehmen. Die zentralistischen Gewerkschaften hatten also das größte Interesse an diesem Kongreß und waren stark vertreten. Dr. Viktor Adler, der die nationale Frage behandelte, erklärte sich auf politischem Gebiete für eine möglichst große Selbstständigkeit der sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Nationen Oesterreichs; aber diese müßten in allen wirtschaftlichen Fragen gemeinsam vorgehen, da dies bei jeder Aktion eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Die tschechisch-slavische Partei habe sich dieser Gemeinsamkeit entzogen und sich dadurch von der Internationale abgekehrt, was sich bitter an ihr rächen werde. Ganz und gar wäre der Separatismus aber auf gewerkschaftlichem Gebiete zu verwerten, da die Gewerkschaften ihre Ziele nur auf internationaler Basis erreichen könnten. Daß dies von den Tschechen vergessen worden sei, beweiße, daß sie von gewerkschaftlichen Dingen noch wenig verstanden. Der Parteitag müsse den gewerkschaftlichen Separatismus entschieden beurteilen, auf politischem Gebiete aber die nationale Selbstständigkeit ebenso wie bisher anerkennen. Die vorgelegte Resolution, die einstimmige Annahme fand, lautet in bezug auf die Gewerkschaften:

„Indem die tschechisch-slavische Sozialdemokratie den gewerkschaftlichen Separatismus, im Gegensatz zu der deutlich ausgesprochenen Ueberzeugung der Vertrauensmänner der gesamten Weltinternationale, als prinzipielle Nichtsahnung ihrer Parteipolitik und als Grundlage ihrer Parteiorganisation proklamierte, hat sie sich mit der schwersten Verantwortung dafür belastet, daß die gewerkschaftliche Organisation und damit die wirtschaftliche Kampffähigkeit des Proletariats aller Nationen in Oesterreich, nicht zum mindesten die des tschechischen Proletariats, selbst empfindlich geschwächt wurden, daß das Bewußtsein der internationalen Interessengemeinschaft und Solidarität der Arbeiterschaft in Oesterreich getrübt und gestört, ja die Gefahr der Einschleppung nationalistischer Feindseligkeit in proletarische Organisationen heraufbeschworen wurde, sowie daß schließlich vor allem das internationale Einvernehmen sowie die Geschlossenheit der Aktion der österreichischen Gesamtpartei in bedenklicher Weise beeinträchtigt wurden.“

Angeichts dieser Tatsachen erklärt der Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie:

Wir wissen uns eins mit der gesamten Internationale, deren einstimmigem Votum die tschechisch-slavische Partei verklagenderweise demonstrative Mißachtung entgegengesetzt hat; wir wissen uns eins mit allen andern der österreichischen Gesamtpartei angehörenden nationalen Parteien, die von diesen Ereignissen nicht minder schwer berührt werden als das deutsche Proletariat, wenn wir den Separatismus, als der internationalen Grundanschauung der Sozialdemokratie widersprechend, prinzipiell ablehnen.

Wir stützen uns auf traurigste Erfahrungen in letzter Zeit und am eigenen Leibe des Proletariats aller Zungen in Oesterreich, wenn wir den gewerkschaftlichen Separatismus

und die durch ihn bewirkte Zerschlagung der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen für praktisch verwerflich erklären.

Wir sind der Ueberzeugung, daß der täglich deutlicher und mächtiger werdende internationale Zusammenschluß des Unternehmertums zwingender denn je die internationale geschlossene Zentralisation unserer Gewerkschaftsorganisationen zur ersten Bedingung erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampfes macht, deren Preisgabe die Lebenshaltung des organisierten Proletariats schwer gefährden muß.

Der Separatismus widerspricht also nicht nur dem Grundgedanken der sozialistischen Internationale, er ist auch eine ernste Gefährdung unseres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes.

Die deutsche Sozialdemokratie muß die Verantwortung für diese Erscheinungen der tschechisch-slavischen Sozialdemokratie überlassen; um so mehr hat sie die Pflicht, ihren eigenen Boden, ihre eigene politische Entwicklung und Aktion vor den Folgen des separatistischen Irrweges zu schützen.“

Für die Arbeiterinnen.

Der erste weibliche Fabrikarzt in Oesterreich. Die rührige Organisation der österreichischen Tabakarbeiterinnen hat wieder einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Endlich ist es gelungen, die Anstellung eines weiblichen Fabrikarztes für die Wiener Tabakfabriken in Rennweg und Ottakring durchzusetzen. Es war keineswegs leicht, diese scheinbar einfache Forderung durchzusetzen. Vor allem sträubten sich die christlichsozialen Tabakarbeiterinnen gegen diese Anstellung; ja im Jahre 1908, als sie die Majorität im Krankenausschuß hatten, lehnten sie sogar die Forderung ab. Man müßte doch denken, daß gerade sie als die berufenen Schützer der Sittlichkeit für diese Anstellung hätten sein müssen. Diesmal wagten sie es nicht mehr, dagegen zu stimmen. Auch der Befehl Dr. Karl Schmiedel hat sich jahrelang gegen die Anstellung einer Ärztin gewehrt; vielleicht, weil er im Interesse seiner männlichen Kollegen dem weiblichen Element nicht Eingang in die Stellung eines Fabrikarztes schaffen wollte. Jedenfalls ist es zu begrüßen, daß nun Breche gelegt wurde und den Tabakarbeiterinnen in Wien die notwendige weibliche medizinische Leitung gegeben wurde. Hoffentlich findet das Beispiel nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland bald Nachahmung.

Genossenschaftliches.

Der Bürger- und Arbeiterkonsumverein „Eintracht“ in Offen hatte am Schlusse seines zehnten Geschäftsjahres 30 600 Mitglieder und einen Gesamtumsatz von M 9 111 150,84. Der Reinüberschuß beträgt nach reichlichen Absetzungen M 60 329,13. Den Hauptproduktionsbetrieb des Vereins bildet die Bäckerei mit Konditorei. In diesem Betriebe wurden für M 1 724 266,10 Backwaren gegen M 1 355 996,19 im vorigen Jahre hergestellt. Die Steigerung beträgt 27,24 pZt. Verbacken wurden 13 095 Sack Weizenmehl und 29 955 Sack Roggenmehl.

In der Bäckerei waren neben dem Backmeister als fachmännischem Leiter beschäftigt: 2 Expedienten, 1 Kontorist, 48 Bäcker, 5 Bäckereihilfsarbeiter, 2 Bäckerinnen sowie 2 Fuhrmädchen.

Die Leistungen in der Bäckerei betragen pro Mann und Schicht M 138,67 gegen M 137,96 im Vorjahre, in der Konditorei M 38,05 gegen M 41 im Vorjahre. Letzteres Ergebnis dürfte zurückzuführen sein auf die Beengung der Betriebsräume und die ungenügenden maschinellen Einrichtungen in dieser Abteilung, welchen Uebelständen aber durch die jetzt im Bau befindlichen modernen Konditoreiräume abgeholfen sein wird.

Der Nettoüberschuß der Bäckerei betrug: M 18 475,19 = 1,07 pZt. der Produktion. Ist dieser Reinertrag auch so minimal, als daß er ein kapitalistisch gezeichnetes Unternehmerherz befriedigen könnte, so kann sich die Genossenschaft wohl daran genügen lassen. Hat sie doch die Genugtuung, Tausenden von Konsumenten billiges und qualitativ nicht zu übertreffendes Brot geliefert und sich damit als ein Wohlfahrtsinstitut ersten Ranges erwiesen zu haben.

Am Schlusse ihres Berichts über die Bäckerei schreibt die Geschäftsleitung: „Ohne weiteres wollen wir anerkennen, daß wir in unserm Bestreben bei unserm Bäckereipersonal das nötige Verständnis fanden, jedenfalls in der Erkenntnis, daß Großes nur erzielt wird in geistlichem Zusammenarbeiten der einzelnen in Betracht kommenden Faktoren.“

Die Bäckerei wird gegenwärtig durch einen größeren Anbau bedeutend erweitert. In zwei Stockwerken wird Raum für weitere 16 Doppelpösten geschaffen, wovon 5 bis zum 1. Dezember im Betrieb sind. Die Abteilung Konditorei wird im großen Partiererraum des Neubaus separat eingerichtet, der mit den modernsten Maschinen versehen wird. Die riesige Entwicklung dieses jungen Betriebes ist besonders beachtenswert, wenn man bedenkt, daß an diesem Orte die ältere, 100 Mann beschäftigende Großbäckerei der Kruppischen Werke rivalisiert. Hervorzuheben ist noch, daß die Arbeits- und Lohnbedingungen der Beschäftigten in diesen beiden Großbetrieben meist zugunsten der „Eintracht-Bäckerei“ abweichen, was wir später einmal zahlenmäßig behandeln werden.

Literarisches.

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68. 781 Seiten. Gebunden M. 5. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Wahlzügen der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemo-

kratischen Vertreter verbreiteten Plagen Zweite veränderte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis gebunden M. 8. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

**Tripolisraub und Völkerkrieg** betitelt sich die neueste Broschüre, die die Buchhandlung Volkstimme, Frankfurt am Main, soeben auf den Markt bringt. Die Broschüre enthält eine Rede des Genossen Hermann Wendel, die den Leser in Ursache und Wirkung des Imperialismus einführt und ihn mit der politischen und sozialen Revolution befannt macht, die den Orient durchzieht. Ferner leitet sie von dem italienischen auch auf den deutschen Imperialismus über, der jetzt bei der Marokkoaffäre die schönsten Blüten trieb. Der Preis der 16 Seiten starken Broschüre, die mit wirkungsvollem Umschlag versehen ist, beträgt 10 M. Alle Parteibuchhandlungen liefern die Schrift.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Jahresbericht 1909. 183 S. Selbstverlag.  
— Jahresbericht 1910. 147 S. Selbstverlag.  
— Protokoll der Verhandlungen der zweiten Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals Deutschlands, abgehalten am 21. und 22. August 1911 zu Berlin. 90 S. Selbstverlag.  
— Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals. 22 S. Selbstverlag.  
— Protokoll der Verhandlungen der dritten deutschen Gasarbeiterkonferenz. Abgehalten am 28. und 24. August 1911 zu Berlin. 104 S. Selbstverlag.

**Arbeiter-Notizkalender 1912.** Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. Berlin SW 68. Preis: Gebunden 50 M.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen bringt der Kalender folgende Tabellen und Abhandlungen: Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 und der Nachwahlen. — Die Sozialdemokratie in den einzelnen Provinzen und Staaten. — Stimmengahl bei der Reichstagswahl 1907. — Biographische Notizen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. — Winke für die Reichstagswahlen.

Auch der übrige Inhalt des Kalenders ist vielseitig. Wir erwähnen unter anderm: Porträts der verstorbenen Genossen: Hermann Borgmann, Emma Thier, Gabriel Loewenstein. — Paul Singer. — Kalendarium und Geschichtskalender. — Deutsche Vereine im Auslande. — Partotage. — Alle wichtigen Partei- und Gewerkschaftsadressen.

Der gewerkschaftliche Teil bringt die wichtigsten Vorgänge aus der Gewerkschaftsbewegung: Lohnbewegungen und Streiks. — Internationale Gewerkschaftsbewegung 1909. — Arbeitersekretariate. — Jahreseinnahmen und Ausgaben usw.

Für die in der gewerkschaftlichen und politischen Agitation tätigen Genossen wird der Kalender ein unentbehrliches Hilfsmittel sein, namentlich leistet er gute Dienste bei der Kleinarbeit. Darum soll er der ständige Begleiter jedes Arbeiters sein.

Zu beziehen ist der Arbeiter-Notizkalender durch alle Zeitungsboten, Buchhändler und Kolporteur.

**Warum mußt Du Sozialdemokrat sein?** Mit diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW 68, eine 16 Seiten umfassende Flugchrift, die in der Agitation zu den Reichstagswahlen gute Dienste leisten wird. Der Preis ist 10 M.

**Die Aehrenleserinnen.** Eine gute zweifarbige Reproduktion dieses Bildes von Millet wird der Verlag der Zeitschrift „In Freien Stunden“ diesmal beim Schluß des Halbjahrganges den Abonnenten überreichen.

Das Gratiskunstblatt erhalten alle Abonnenten, die den gegenwärtig erscheinenden Roman „Oliver Twist“ von Charles Dickens vollständig bezogen haben. Neu hinzutretenden Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte noch nachgeliefert erhalten.

„In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 M. Bestellungen durch alle Parteispeditionen, Buchhandlungen und Kolporteur.

### Briefkasten der Redaktion.

A. B. in Berlin und O. F. in Hamburg. Wir haben es auch, genau wie Sie, für „unglaublich“ gefunden, daß der Vorstand der Dresdner freien Hilfskasse, Karl Pletschmann, dem Kassennorgan noch keinen Bericht über die letzte Generalversammlung in Berlin eingeschickt hat. Doch es ist so. Vielleicht bringt er aber wenigstens noch die Beschlüsse; denn diese müssen doch die Mitglieder erfahren!

### Achtung!

Alle für Nr. 47 unseres Organs bestimmten Einsendungen müssen des Vorktags wegen **Sonabend, 18. November, morgens, in unsern Händen sein.** Die Redaktion.

### Anzeigen.

**Spezial-Tanzunterricht** für die Herren Bäcker usw. Berlins, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle.  
**Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung** als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: **Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.** Nach dem Unterricht: **Gesellschaftsstunde.**  
Für gewissenhafte Ausbildung beste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten.  
**Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.**

### Dank.

Für die Anteilnahme beim Heimzuge unseres lieben Entschlafenen drängt es uns, Allen denen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen, unsern aufrichtigsten Dank auszusprechen. Insbesondere vielen Dank dem geehrten Gesangsverein „Amicitia-Concordia“ für wohlthuenden Gesang und Ansprache. Auch Dank den wertigen Kollegen für die Begleitung zur letzten Ruhe.  
Dir aber, lieber unbergelicher Paul, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in deine kühle Gruft nach.  
D i e r n h a u, im November 1911.  
Die tieftrauernde Familie Hänel  
im Namen aller trauernden Hinterbliebenen.

### Vergleich.

In Sachen **Hans Gumpendobler**, Bezirksleiter des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands, Privatkläger, gegen **Josef Biersack**, Bäckermeister in Regensburg, Privatbeklagten, wegen Beleidigung, kam heute folgender außergerichtlicher Vergleich zustande:

1. Herr Bäckermeister Josef Biersack nimmt die in der Sitzung der Tarifkommission des Bäckergewerbes vom 5. Oktober 1911 gegen Herrn Bezirksleiter Hans Gumpendobler dahier gebrauchten Beleidigungen als unwahr unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück und verpflichtet sich, die Herrn Gumpendobler erwachsenen Anwaltskosten einschließlich des vereinbarten Honorars zu bezahlen.
  2. Herr Josef Biersack ermächtigt Herrn Gumpendobler, diesen Vergleich in der Neuen Donau-Post, ferner in den Fachzeitungen „Die Bäckerei“ und in der „Deutschen Bäcker- und Konditorenzeitung“ einmal auf seine Kosten zu veröffentlichen.
- Auf Grund der dem Privatkläger eingeräumten Befugnis gebe ich vorstehenden Vergleich als Vertreter des Privatklägers öffentlich bekannt.  
Regensburg, den 7. November 1911.  
[M. 13] Julius Mussnag, Rechtsanwalt.

### Innungs-Krankenkasse der Bäcker-Zwangs-Innung in Berlin.

Die **Generalversammlung** der Delegierten der Innungs-Krankenkasse der Bäcker-Zwangs-Innung in Berlin findet am **Dienstag, 28. November, nachmittags 3 Uhr, im Innungshause (Concordia-Festsäle), Andreasstr. 64, statt.**

#### Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden.
  2. Kasse-Vertrag.
  3. Neu- resp. Wiederwahl zum Vorstände, und zwar:  
a) zwei Innungsmittglieder,  
b) zwei Kassennittglieder.
  4. Wahl von vier Revisoren zur Abnahme der Jahresrechnung.
  5. Verschiedenes.
- Dierzu ladet ergebenst ein  
Der Vorstand. W. S a h n, Vorsitzender.  
Berlin, den 10. November 1911. [M. 12]

### Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Dorfuss**, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

**Zürich (Schweiz) :::: Bäcker.**  
Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hinteren Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckereiarbeitern bestens.  
Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler.  
[M. 4]



**Unübertroffen**  
sind als Spezialitäten zum Bereiten aller Backwaren unsere **Margarine-Marken**  
**Spreegold, Spreekrone u. allerfeinste Ziehmargarine**  
Machen Sie erst einen Versuch mit diesen erstklassigen Erzeugnissen, und Sie bleiben ständiger Verbraucher  
Alleinige Fabrikanten:  
**Margarine-Werke Berolina**  
Berlin-Lichtenberg  
Herzbergstrasse 55/56  
Teleph.: Amt Lichtenberg Nr. 694 und 695.

Vertreter:  
**Bremer, Rampe & Thomsen,**  
Hamburg, Gröningerstr. 34.  
Telephon: Gr. V, 1651. Telegr.-Adr.: Exquisit.

**Münchener Bäcker und Konditorgehilfen**  
decken ihren Bedarf am besten bei **Gg. Prem**, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

## D. D.-G.-Buch Nr. 6

erscheint gegen Weihnachten in vergrößerter Form und bietet eine reiche Fülle fachlicher und interessanter Abhandlungen.  
Bestellungen erbitten wir schon jetzt.  
Der Versand erfolgt nur an diejenigen Interessenten, welche das D. D.-G.-Buch Nr. 6 bei uns bestellen und pro Exemplar 20 Pfg. einsenden.  
**Deutsche Diamant-Gesellschaft, m.b.H., München II.**  
Brieffach 102. [M. 20]

### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

#### Sonntag, 19. November:

**Erfurt:** 8 Uhr, „Zum König von Preußen“, Fütterstr. 9.  
**Selbtkirchen:** 2 Uhr im Volkshaus, Kaiserstr. 65. —  
**Görlitz:** 3 Uhr, „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37. —  
**Landsbut:** Im Hofbräu, Neustadt 444. — **Neunkirchen:** Im Gasthof „Zu den drei Kaisern“, Oberer Markt.  
**Oldenburg:** 4 Uhr bei Schuhmacher, Kurortstr. 28. —  
**Weiskensfeld:** Im Gewerkschaftshaus, Werseburger Straße 16.

#### Dienstag, 21. November:

**Zwickau:** Im „Brauerschloßchen“.

#### Mittwoch, 22. November:

**Leipzig (Bäcker):** 4 Uhr im Volkshaus, Zeigerstraße 32. — **München (Konditoren):** Im Gasthof

„Zum goldenen Lamm“, Zweigstr. 4. — **Thale a. S.:** „Zum Reichsfongler“, Güttenchauffee. — **Traunstein:** 2 Uhr „Zum Löwen“.

#### Sonabend, 25. November:

**London:** 8 Uhr, Charlotte Street 107. — **Solingen:** 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

#### Sonntag, 26. November:

**Malen:** Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — **Wahrenth:** In Wrens Restaurant, Kirchgasse. — **Wochum:** 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — **Pennigsdorf:** 4 Uhr bei Lepmann. — **Landberg a. d. W.:** 3 Uhr bei Daber, Moltkeplatz. — **Rüstringen-Wilhelmshagen:** 4 Uhr bei Buddenberg, Rüstringen, Peterstraße. — **Stadthagen:** 4 Uhr bei Wedderhahn, Echtenstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bisenbinderhof 57. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.